



LANDKREISTAG KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 2/2012

Aus dem Inhalt:

150 Jahre bayerische Landratsämter:
Meilenstein auf dem Weg zum modernen Rechtsstaat

Kommunaler Finanzausgleich steigt auf über 7,7 Mrd. Euro

Energiewende europäisch denken
Landräte und Kommunalpolitiker diskutieren
mit Energie-Kommissar Oettinger in Ingolstadt

Bayerischer Landkreistag in Sonthofen
Ausstellung „40 Jahre Landkreis Passau“
beim Bayerischen Landkreistag

Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon +49 (0) 89/286615-0

Telefax +49 (0) 89/282821

info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Bayerischer Landkreistag

150 Jahre bayerische Landratsämter:	
Meilenstein auf dem Weg zum modernen Rechtsstaat	3
Ausstellung „40 Jahre Landkreis Passau“ beim Bayerischen Landkreistag	6
Bayerischer Landkreistag in Sonthofen	6

Energie

Energiewende europäisch denken - Landräte und Kommunalpolitiker diskutieren mit Energie-Kommissar Oettinger in Ingolstadt	9
Kommunaler Klimaschutz: Weniger Theorie - mehr Praxis!	9

Innovation

Dr. Jakob Kreidl: „Wirtschaftsstandort Bayern braucht leistungsfähige Breitbandverbindungen“ - Bayerischer Landkreistag begrüßt neues Breitbandförderprogramm der Bayerischen Staatsregierung	10
eGovernment-Monitor 2012 - Nutzung und Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten im internationalen Vergleich	11

Finanzen

Kommunaler Finanzausgleich steigt auf über 7,7 Mrd. Euro	
Kreidl: „Staatsregierung setzt sich für Kommunen ein!“	11
Bund muss Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperation klarstellen	12

Verkehr

Landkreistag gegen Wiedereinführung von Alt-Kennzeichen	
Dr. Kreidl: Kein Zurück in die Vergangenheit	12
Neue Sicherheits-Philosophie – eine Maßnahme von „Sehen zum Vorher-Sehen“	12

Ländlicher Raum

Interkommunale Kooperation nicht behindern – Sonderinvestitionsprogramm für ländlichen Raum auflegen – Bund-Länder-Koordinierung verbessern	13
---	----

Bürgerschaftliches Engagement

Ehrenamtliche erhalten gebührenfreies Führungszeugnis für ehrenamtliche Tätigkeit	14
---	----

Schule

Bildungsregionen als wichtiger Beitrag zu gleichen Lebensbedingungen im Freistaat Bayern	14
--	----

Jugend und Soziales

Engagement für Kinder, Jugendliche und Familien - Zukunftssicherung für Kommunen	
Kommunale Spitzenverbände und Jugendarbeit in Bayern reagieren auf demografischen Wandel	15

Gesundheit und Krankenhäuser

Krankenhäuser „operieren“ finanziell am Limit, während gesetzliche Krankenkassen Milliardenüberschüsse erzielen	16
EU-Gesundheitsprogramm: Gesundheit für Wachstum	17

Aus den Landkreisen

Landkreis Fürstenfeldbruck: Unterzeichnung „Vereinbarung gegen Alkoholmissbrauch auf Festveranstaltungen“	18
Landkreis Lichtenfels: Eröffnung Beobachtungsturm Unterbrunn	19
Landkreis Bamberg: Berufliche Oberschule stellt „Europa grenzenlos“ aus	19
Landkreis Miltenberg: Regierungspräsidentin und Landräte aus der Oberpfalz im Landratsamt	20
Landkreis Donau-Ries: Startschuss für das Onlinemagazin	
Innovative Zeitschrift ist Teil der landkreisweiten Imagekampagne	21

Personalien	22
-------------	----

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Johannes Reile
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:

Sebastian Weiss OHG
Werftstraße 11
94469 Deggendorf

150 Jahre bayerische Landratsämter: Meilenstein auf dem Weg zum modernen Rechtsstaat

Mit einem Festakt haben der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann und der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, an das 150-jährige Bestehen der bayerischen Landratsämter erinnert.

Am 1. Juli 1862 wurden an Stelle der alten Landgerichte, die bis dahin sowohl für die Rechtsprechung als auch für die Verwaltung zuständig waren, die Bezirksämter als reine Verwaltungsbehörden geschaffen; diese waren die Vorläufer der heutigen Landratsämter. Zum gleichen Zeitpunkt entstanden als unterste Gerichtsinstanz die späteren Amtsgerichte (damals unter dem Namen Landgerichte) und das bayerische Notariat.

Die Entstehung der bayerischen Landratsämter ist nach dem Staatsumbau der Montgelas-Zeit um 1800 die wichtigste

Verwaltungsreform des 19. Jahrhunderts. „Auch wenn vor 150 Jahren noch nicht die echte Selbstverwaltung – wie wir sie heute kennen – bestanden hat, so ist das Jahr 1862 ein Meilenstein in der Geschichte der modernen Staatlichkeit Bayerns; umso mehr als damals schon erkannt wurde, dass Landratsämter als bürgernahe Unterbehörden in einem Flächenland wie Bayern unerlässlich sind“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl.

In seinem Festvortrag ordnete der Historiker und frühere Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Professor Dr. Hermann Rumschöttel, die Errichtung der Landratsämter in die geschichtliche Entwicklung Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert ein und machte deutlich, dass die tief greifende Reform von 1862 die Grundlage für eine besondere Verwaltungskultur wurde, die bis heute für Staat und Gesellschaft in Bayern von erheblicher Bedeutung ist.

Ein Meilenstein auf dem Weg zum modernen Rechts- und Verfassungsstaat

Vor 150 Jahren beginnt die Geschichte der bayerischen Landratsämter

Von Hermann Rumschöttel*

Mit der Errichtung der bayerischen Bezirksämter vor 150 Jahren begann die Geschichte der heutigen Landratsämter. Warum sollte man daran erinnern? Im Jahr 1862 ist das damalige Königreich Bayern mit einem neuen Gerichtsverfassungsgesetz, dem Notariatsgesetz und der Errichtung von „Distriktsverwaltungsbehörden“ auf dem Weg zum modernen Rechts- und Verfassungsstaat und zur Staatsbürgergesellschaft unserer Zeit einen großen Schritt weitergekommen. Nur vordergründig handelt es sich um ein Jubiläum der Verwaltungsgeschichte. Vor 150 Jahren wurde vielmehr ein Meilenstein der bayerischen Verfassungs- und Gesellschaftsgeschichte gesetzt.

Hinter der etwas sperrigen Formulierung, Justiz und Verwal-

tung auf der unteren Ebene werden getrennt, verbirgt sich die Verwirklichung der Gewaltenteilung dort, wo sich Bürger und Staat besonders nahe kommen. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und die gerichtliche Kontrolle der Verwaltung wurden gestärkt und die Qualität der Rechtsverwirklichung – auch mit dem neuen Notariat – nachhaltig erhöht. Mit der Beseitigung der Siegelrechte des Adels verschwanden letzte feudale Privilegien. Schließlich konnten sich die Bezirksämter, nun ganz auf die administrativen Zuständigkeiten konzentriert, zu kompetenten und leistungsstarken Instrumenten eines sich zur Gesellschaft hin öffnenden Staates entwickeln. Verbliebene Mauerreste des traditionellen bayerischen Staatsabsolutismus wurden abgetragen.

König Ludwig I. hatte vermutlich diese, von ihm eher kritisch gesehenen Perspektiven vor Augen, als er 1847 zu einem einschlägigen ministeriellen Vorschlag ungnädig formulierte: „So viel Organisationen hab ich erlebt, bin gar kein Freund von neuen (...). Der Trennung der Justiz von der Verwaltung in den untersten Stellen werde ich nicht gewogen, sie schwächt die Kraft der Regierung.“ Sowohl in der Rechts- und Staatswissenschaft wie in der gerichtlichen und administrativen Praxis war man sich freilich seit Langem darüber einig, dass eine unabhängige Rechtsprechung und eine in der Behördenhierarchie stehende und weisungsgebundene Verwaltung ohne Schaden für Recht, Staat und Gesellschaft auf Dauer nicht von **einer** Behörde bewältigt werden können und dürfen.

Bayern, ansonsten im 19. Jahrhundert bei vielen inneren Reformen in der Spitzengruppe der deutschen Monarchien, war hier ein Nachzügler. Beim großen Staatsumbau der Montgelas-Zeit, also in den beiden Jahrzehnten nach 1799, standen im Kernbereich der Reformen eine ganz auf Effektivität zielende Verwaltungs- und Beamtenreform und der Aufbau einer Gerichtsorganisation, zu deren Kennzeichen die Unabhängigkeit



Die Gäste während der Festveranstaltung „150 Jahre bayerische Landratsämter“ im Odeon des Innenministeriums



Spricht ein Grußwort zum Festakt im Bayerischen Innenministerium: Staatsminister Joachim Herrmann

der Rechtsprechung gehörte. Die überkommene Vermischung von Justiz und Verwaltung wurde auf der mittleren und oberen Ebene beseitigt.

Lediglich bei den unteren Behörden und Justizstellen belief man es bei der traditionellen doppelten Zuständigkeit. Die neuen, seit 1802 allmählich das ganze Land wie ein Netz überziehenden Landgerichte waren zugleich für die Verwaltung, für die Freiwillige Gerichtsbarkeit und als erste Instanz in Zivil- und Strafverfahren zuständig. Die Fülle der administrativen und gerichtlichen Kompetenzen und die Komplexität des uneinheitlichen bürgerlichen Rechts hatten von Anfang an eine starke Überlastung der Landrichter zur Folge. Sie hätten Universalgenies sein müssen, blieben aber meist notgedrungen Universaldilettanten. Unzufriedenheit und Kritik waren deshalb an der Tagesordnung, jahrzehntelang.

Dabei gab es Vorbilder in Franken und in der Pfalz, an denen man sich hätte orientieren können. Das waren zum einen die einschneidenden Verwaltungsreformen, die Karl August Freiherr von Hardenberg in den seit 1791 preußischen Markgraftümern Ansbach und Bayreuth auf den Weg gebracht hatte. Zu diesem Modernisierungsprogramm gehörte unter anderen die konsequente Trennung von Justiz und Verwaltung auf allen Ebenen. Als Ansbach 1806 und Bayreuth 1810 zu Bayern kamen, wurde das jedoch wieder rückgängig gemacht. Noch stärker war das Vorbild der Pfalz, seit 1816 der linksrheinische Teil des Königreichs Bayern. Hier waren in den 20 Jahren der französischen Herrschaft Reformen durchgeführt worden, die die in Ansbach und Bayreuth noch übertrafen und die nach Vereinigung mit Bayern nicht beseitigt worden sind. So auch bei der Gewaltenteilung auf der unteren Ebene. In Fortsetzung der französischen Reformen waren hier 1817 neben den Friedensgerichten Landkommissariate als Verwaltungsbehörden entstanden, die später Vorbild für die Errichtung der Bezirksamter im rechtsrheinischen Bayern werden sollten.

Zumindest in den Städten und Märkten Bayerns wurden im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts Justiz und Verwaltung getrennt, eine Maßnahme, die allerdings eher als Folge der rigorosen Beseitigung aller überkommenen kommunalen

Eigenrechte gesehen werden muss denn als Ausdruck rechtsstaatlicher Reformabsichten.

Warum fehlte in Montgelas' Reformpaket, das man mit Recht als das erfolgreichste in Deutschland an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ansehen bezeichnen darf, die Gewaltenteilung bei den Unterbehörden? Das hing zum einen damit zusammen, dass es im Rahmen des staatlichen Neuaufbaus nicht gelang, das Herrschafts-, Gerichts- und Verwaltungsmonopol auch gegenüber dem Adel vollständig durchzusetzen. Dieser behielt vielmehr seine Patrimonialgerichte, die ebenfalls Justiz- und Verwaltungsaufgaben in einer Behörde vereinten. Bis in die Mitte des Jahrhunderts standen sie selbstständig neben den Landgerichten und durchlöchernten die staatliche Gerichts- und Verwaltungsorganisation – ebenso wie die Besiegelungsrechte des Adels. Dieses Privilegienbollwerk war schwer zu schleifen.

Aber natürlich spielten bei einem notorisch mit Schulden kämpfenden Staat auch finanzielle Überlegungen eine Rolle, denn Änderungen im Behörden- und Gerichts Aufbau hätten zwangsläufig zu neuen Gebäuden und einem Anwachsen des Beamtenapparats geführt. Zudem waren die leitenden Beamten selbst, mäßig an dieser Reform interessiert, weil diese auch eigene Vorteile, insbesondere ihren privilegierten Gerichtsstand beseitigt hätte. Schließlich gab es auch grundsätzliche politische Bedenken, der patriarchalische Staat könne seinen Charakter verlieren, wenn die allzuständigen, allgegenwärtigen und alles wissenden kleinen Herrscher in den Landgerichten verschwänden.

So richtig weiter kam man erst nach dem Rücktritt Ludwigs I. und der Revolution von 1848. Der neue König



Der Historiker und frühere Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Professor Dr. Hermann Rumschöttel, ordnet die Errichtung der Landratsämter in die geschichtliche Entwicklung Bayerns ein.



Die Landratsämter sind als bürgernahe Unterbehörden in einem Flächenland wie Bayern unerlässlich, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl bei der Feier im Odeon.

Maximilian II. erfüllte sofort die politischen Versprechungen seines Vaters, mit denen die revolutionäre Bewegung beruhigt worden war. Eine breit angelegte Reformgesetzgebung verlieh Bayern erneut einen kräftigen Modernisierungsschub. Ein Herzstück war die Justizreform, geregelt im sogenannten Grundlagengesetz vom 4. Juni 1848. Es handelte sich hierbei allerdings lediglich um ein Gesetzgebungsprogramm, also einen Wechsel auf die Zukunft. Und in der Tat dauerte es noch über zwei Jahrzehnte, bis alle Versprechen eingelöst worden waren, obgleich man sich beispielsweise vollkommen darüber im Klaren war, dass bei den Landgerichten keine der drei Hauptfunktionen, Verwaltung, Rechtsprechung und Freiwillige Gerichtsbarkeit, noch mit der nötigen Sorgfalt erledigt werden.

Das Revolutionsversprechen der Trennung von Justiz und Verwaltung blieb auch deshalb Programm, weil der seit seinem Regierungsantritt unter einem Revolutionstrauma leidende König nach 1849 einen innenpolitischen Kurswechsel vollzog und geplante Reformmaßnahmen erst einmal auf Eis legte. Der kritische Blick auf die 1850er Jahre in Bayern darf aber nicht übersehen, dass 1852 mit den Gesetzen über die Distriktsräte und über die Landräte wirksame und ausbaufähige Elemente der kommunalen Selbstverwaltung auf der Ebene der heutigen Landkreise und Bezirke in das Gefüge von Staat und Gesellschaft eingebaut worden sind.

Mit der Berufung liberaler Minister stellte Maximilian II. 1859 die Weichen der bayerischen Politik wieder auf Reformkurs. Jetzt konnten ein Gerichtsverfassungs- und das Notariatsgesetz entworfen und den Kammern vorgelegt werden, wo sich nur mehr eine einzige Stimme dagegen erhob. Die Landgerichte wurden zu reinen Justizstellen für die Zivil- und Strafergerichtsbarkeit, das neue Notariat übernahm wesentliche Teile der Freiwilligen Gerichtsbarkeit. Der umfassende administrative Aufgabenkomplex, praktisch eine Art Allzuständigkeit bei der inneren exekutiven und gestaltenden Verwaltung, ging von den Landgerichten auf die neuen Staatsbehörden über, die zunächst „Oberämter“ heißen sollten, schließlich aber den Namen „Bezirksämter“ erhielten. Ein, zwei oder drei Sprengel der Landgerichte wurden zu einem Bezirksamt zusammengefügt. Insgesamt entstanden am 1. Juli 1862 142

Bezirksämter aus den 249 Landgerichten. Die Landgerichtseinteilung blieb jedoch auch für die Verwaltung weiterhin von Bedeutung, weil die Gerichtssprengel seit 1852 als Distriktsgemeinden Selbstverwaltungskörperschaften waren, die sich um Straßen, Sozial- und Bildungseinrichtungen, Sparkassen oder Getreidedepots zu kümmern hatten. So wurden die Bezirksämter von den Landgerichten gegliedert, bis sich 1920 der Bezirk als einheitlicher Sprengel des Bezirksamts durchsetzte. Die Namensänderung in „Landkreis“ und „Der Landrat“ bzw. Landratsamt nach preußischem Vorbild im Jahr 1939 war eine Folge der nationalsozialistischen Gleichschaltung, eine begriffliche Veränderung, die nach 1945 trotz eines Versuchs von Wilhelm Hoegner nicht mehr rückgängig gemacht wurde.

An der Spitze der Bezirksämter, die zusammen mit den unmittelbar der Kreisregierung unterstehenden Städten die Distriktsverwaltungsbehörden bildeten, stand der Bezirksamtmann als ernannter Staatsbeamter. Auch ohne Justizfunktionen agierte er vielfach weiter als König seines Bezirks. Dazu trug bei, dass er zusätzlich als Vorsitzender der Selbstverwaltungsgremien, des Distriktsrats und des Distriktsausschusses agierte. Nach 1919 erwarben die Bezirke als Gebietskörperschaften dann das Recht, eigene Vorsitzende des Bezirkstags und bis 1927 auch des Bezirksausschusses zu wählen. Nach dem Ende des NS-Staats, der 1939 die Reste der bezirklichen Selbstverwaltung beseitigt hatte, entstand mit der vorläufigen Landkreisordnung von 1946 und der endgültigen von 1952 jene besondere Struktur des Landratsamts als Staats- und Kreisbehörde, mit einem von der Bevölkerung gewählten, also demokratisierten und politisierten Landrat an der Spitze, der zugleich dem Kreistag vorsteht, mit dem er die Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten zu erledigen hat.

Die Gebietsreform der Landkreise zu Beginn der 1970er Jahre, die am 1. Juli 1972, genau 110 Jahre nach der Geburt der Landratsämter in Kraft trat, verringerte deren Zahl auf 71, vergrößerte aber ihre Fläche und Einwohnerzahl, ihre Zuständigkeiten und letztlich auch ihren administrativen und politischen Einfluss sowie ihr Selbstbewusstsein in einer Weise, dass die Überlegungen zu weiteren Funktionalreformen davon erkennbar beeinflusst wurden und werden. Ein Bayern ohne Landratsämter erscheint undenkbar.

Was ist das Besondere an der 150jährigen Geschichte der bayerischen Landratsämter? Vor allem der fundamentale Wandel ihrer Janusköpfigkeit. Entstanden sind sie 1862 aus einer Behörde, die Justiz und Verwaltung im Sinne eines Staates vereinte, der mit seiner Herrschaft der Gesellschaft dominierend gegenüberstand. Das Bezirksamt und das spätere Landratsamt wurde dagegen eine Einrichtung, die auf Staat und Gesellschaft blickt, die Staat und Gesellschaft annähert, ja integriert. Die Landratsämter wurden damit Teil einer Verwaltungskultur, für die die Zusammenführung von Herrschaft und Gesellschaft, von Staat und Bürger in demokratischer und rechtsstaatlicher Form oberstes Gebot ist.

*Der Autor war bis 2008 Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns und lehrt als Honorarprofessor an der Universität der Bundeswehr München in Neubiberg.

Ausstellung „40 Jahre Landkreis Passau“ beim Bayerischen Landkreistag

Am 24. April 2012 eröffneten der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl, Innenminister Joachim Herrmann, MdL, und der Passauer Landrat Franz Meyer im „Haus der bayerischen Landkreise“ die Ausstellung „40 Jahre Landkreis Passau“.

40 Jahre Gebietsreform in Bayern – was ist aus den damals neu geschaffenen Landkreisen geworden? Beispielhaft zeigt dies der Landkreis Passau mit seiner Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise, der Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags. Nachdem sich die Ausstellung besonders an das Münchner Publikum richtet, ist es Landrat Meyer vor allem wichtig, „die Aufbruchstimmung und den Ideenreichtum unserer Heimat zu zeigen“. Es gehe darum, die Botschaft zu vermitteln, dass die Menschen im Landkreis Passau heute in einer Region leben, die 40 Jahre nach der Gebietsreform zu einer Einheit zusammengewachsen sei, und die sich gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft stelle.

Die Ausstellung ist im „Haus der bayerischen Landkreise“ (Kardinal-Döpfner-Str. 8, 80333 München) noch bis 30. September 2012 (Mo – Do: 8.00 – 16.00 Uhr, Fr: 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr) zu besichtigen.



Der Präsident Dr. Jakob Kreidl (Mitte) eröffnet die Ausstellung „40 Jahre Landkreis Passau“.



Bei der Ausstellungseröffnung im Haus der bayerischen Landkreise v.l.n.r.: Altlandrat Hanns Dorfner, Passauer Landrat Franz Meyer, Innenminister Joachim Herrmann, der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl



Innenminister Joachim Herrmann bei seiner Ansprache zur Ausstellungseröffnung

Zukunftschancen für die Landkreise

Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags im Landkreis Oberallgäu

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl und der gastgebende Landrat Gebhard Kaiser, Oberallgäu, eröffneten im Mai die Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Sonthofen zum Thema „Zukunftschancen für die Landkreise“.

Landrat Gebhard Kaiser rief zu Beginn der Veranstaltung zur „unternehmerischen Beteiligung in der Energiewende“ auf. Damit soll die Umsetzung der Energiewende beschleunigt

werden. Dr. Jakob Kreidl will die Lebensverhältnisse für das gesamte Land so gestalten, dass es sich überall gut leben lässt: „Wir müssen die Probleme anpacken und gemeinsam lösen.“

Anwesenheit von Ministerpräsident Seehofer

Dr. Kreidl begrüßte den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer herzlich und freute sich über sein „**Interesse an den ländlichen Regionen**“. Er bedankte sich bei Seeho-

fer, „der Worten immer Taten folgen lasse“. Besonders bei der Grundsicherung im Alter hat der Ministerpräsident in Berlin durchgesetzt, dass der Bund die Grundsicherung im Alter ab 2014 zu 100 % übernehmen werde. Das bedeutet eine jährliche Entlastung um 480 Millionen Euro.

Allerdings sprach der Präsident des Bayerischen Landkreistags auch Probleme an. „Der **Breitbandausbau** geht nicht so voran, wie wir uns das vorstellen.“ Dr. Kreidl sieht die ländlichen Regionen abgehängt. Auch bei der **Energiewende** sieht er Schwierigkeiten. Die Landkreise hätten sich zwar sofort für die Energiewende entschieden; auch käme ihnen eine entscheidende Koordinierungsfunktion zu. Trotzdem dürften die Landkreise bisher nur für den Eigenbedarf Energie produzieren.

Auch hätten die Landkreise laufend **Kostensteigerungen** zu verzeichnen. So seien die Ausgaben bei der Jugendhilfe und bei der **Eingliederungshilfe** explosionsartig nach oben geschneit. Das Bundesteilhabegesetz sei notwendig, um die Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu dritteln. Auch bei der Inklusion erhielten die Landkreise nicht die notwendige Unterstützung. Bei der **Inklusion** handle es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, d. h. die Finanzierung muss durch Freistaat und kommunale Ebene gemeinsam umgesetzt werden. „Die Verweigerung des **Konnexitätsprinzips** durch den Freistaat Bayern ist falsch!“, so Dr. Jakob Kreidl. Auch das digitale Lernen müsse vorangebracht werden, dafür brauche es aber 280.000 PCs. Genauso seien die Kommunen in der Jugendsozialarbeit auf sich selbst gestellt, weiter sei die Einführung des Digitalfunks seit Jahren ein problematischer Dauerbrenner. Ein Knackpunkt für den gesamten ländlichen Raum seien auch die hohen Mobilitätskosten. „Ein Pendler, dessen Arbeitsplatz in einer Entfernung von 50 bis 60 Kilometern zum Wohnort liegt, wird zum Arbeitsplatz ziehen müssen. Mobilität muss erfahrbar und bezahlbar sein, daher sei ein Ausgleich zu schaffen und der öffentliche Personennahverkehr auszubauen.“

Ein wichtiges Anliegen ist Dr. Jakob Kreidl auch der Ärztemangel im ländlichen Raum. Ältere Ärzte finden oft keine Nachfolger mehr: „Wenn es keine Ärzte mehr auf dem Land gibt, ziehen die Menschen in die Städte.“



Zusammentreffen vor der Jahresversammlung v.l.n.r.: Ministerpräsident Horst Seehofer, der gastgebende Landrat Gebhard Kaiser, Oberallgäu, und der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl

In seiner Rede führte der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer fünf Prinzipien seiner Politik an:

- 1. Dynamische Wirtschaft:
Soziale Marktwirtschaft als Bestandteil einer aktiven Wirtschaftspolitik, damit Bayern der Wirtschaftsmotor Nr. 1 in Deutschland und Europa wird. Ohne Arbeitsplätze werden junge Menschen nicht mehr im ländlichen Raum gehalten werden können. Ein starkes Bayern sei nur mit starken Landkreisen möglich.
- 2. Solide, gesunde Finanzen:
Der Freistaat Bayern will keine neuen Schulden machen, sondern die alten zurückzahlen und Rücklagen schaffen. Inhalt seines Programms seien Wachstum, Schuldentilgung und Unterstützung von Innovationen.
- 3. Verkehrspolitik:
Probleme mit der Verkehrsinfrastruktur können nur gelöst werden, wenn der Verkehrshaushalt mit mehr Mitteln ausgestattet wird. Die Energiepreise stiegen vor allem wegen der Endlichkeit der fossilen Energien und des großen Bedarfs von China.
- 4. Nachhaltige Bildung und Familie:
Seehofer kündigt keine strukturellen Änderungen an, hier solle Ruhe einkehren. Er spricht sich für das Betreuungsgeld aus, damit jungen Leuten eine Perspektive gegeben werden kann. Auch müsse das Angebot an Kinderkrippenplätzen vergrößert werden.
- 5. Bayerischer Kulturplan:
Ein Kulturplan soll für das ganze Land dezentralisiert entwickelt werden. Gedacht wird an Festivitäten in Regionen wie z. B. Wagnerfestspiele oder Mozartwochen.

Ministerpräsident Seehofer bittet um Unterstützung bei zwei Verfassungsänderungen: Zum einen solle die Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung, zum anderen wünscht er gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.



Eröffnet die Landkreisversammlung im Landkreis Oberallgäu: Präsident Dr. Jakob Kreidl, Miesbach

Bildungspolitik

Unter den Schlagworten „Neue Wege in der Bildungspolitik“ erläuterte der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, **Dr. Ludwig Spaenle**, die Weiterentwicklung und Verlässlichkeit des Gymnasiums im achtjährigen Zug. Die Landkreise seien als Schulträger starker Partner; die Nachfrage nach Ganztagsangeboten werde zunehmen. Dr. Kreidl wies besonders auf das Problem der Inklusion hin, das gemeinsam zu lösen sei.

Ärztemangel

In seinem Vortrag „Ärztemangel im ländlichen Raum: Istanalyse – Lösungsansätze – Perspektiven“ erläuterte der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer **Dr. Max Kaplan**, dass im Jahr 2020 die Zahl der bayerischen Hausärzte um 1.400 abnehmen werde. Viele Ärzte würden deshalb nicht aufs Land gehen, da die Infrastruktur fehle, das Schul- und Betreuungsangebot nicht ausreiche (Ganztagsbetreuung), das Einkommen dort niedriger und die berufliche Zukunft des Partners ungewiss sei. Sein Vortrag findet sich auf der Homepage des Bayerischen Landkreistags.

Perspektiven für den ländlichen Raum

Unter dem Thema „Bayern in der Fläche stärken – Perspektiven für den ländlichen Raum“ erläuterte der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. **Bertram Brossardt**, welche Lösungen sich die bayerische Wirtschaft vorstelle. Bayerns Erfolg beruhe auf der Stärke der Industrie und der weltweit gefragten Wirtschaftsfähigkeit.

Handwerk und Dienstleistungssektor profitierten von der Stärke der Industrie. Aktuell sei aber ein Trend zu individualisierten Produkten und Lösungen (schnellere Angebote, komplexere Produkte) erkennbar. Die regionale Wirtschaftspolitik müsse daher neu organisiert werden. Innerhalb Bayerns müsse man kooperieren. Brossardt wünscht sich auch einen zügigen Fortschritt bei der Energiewende. Notwendig seien vor allem auch Reservekraftwerke und die Einsparung von Energien.

In der Diskussion zur **Breitbandversorgung** zwischen Herrn Brossardt, Ulrich Adams, Deutsche Telekom, und Dietrich Schirm, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, unter Moderation von Dr. Jakob Kreidl, wurde die **flexible Standortsicherung** im ländlichen Raum thematisiert. Die Abwanderung der Betriebe müsse verhindern. **Ulrich Adams** erläuterte den Glasfaserausbau in Deutschland, die Zusammenarbeit mit den Kommunen im ländlichen Raum und den notwendigen Technologiemix. **Dietrich Schirm** stellte die Glasfaserstrategie Bayern, insbesondere die Hochgeschwindigkeitsförderung, vor. Die ausführlichen Statements von Dietrich Schirm und Ulrich Adams sind auf der Homepage des Bayerischen Landkreistags zu finden.



Erläutert die neuen Wege in der Bildungspolitik: Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Ludwig Spaenle vor den bayerischen Landräten in Sonthofen



Der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer Dr. Max Kaplan zeigt sich besorgt über den Ärztemangel im ländlichen Raum.



Innenminister Joachim Herrmann während der Festveranstaltung beim diesjährigen Landkreistag

Energiewende europäisch denken - Landräte und Kommunalpolitiker diskutieren mit Energie-Kommissar Oettinger in Ingolstadt

Der Umbau der Energieversorgung in Bayern wird nur gelingen, wenn sowohl auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene als auch auf europäischer Ebene die richtigen Maßnahmen für eine sichere, klimaverträgliche, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung ergriffen werden. „Den Landkreisen kommt bei der Energiepolitik eine bedeutsame Rolle zu“, so Präsident Dr. Kreidl in Ingolstadt. Eine große Zahl von Landkreisen engagiert sich bereits heute im Bereich der Erzeugung erneuerbarer Energien. Das Ergebnis der Diskussion zeigte, dass die Energiewende nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie mit der europäischen Energiepolitik abgestimmt wird.

Wie die Energiewende gelingen kann, diskutierten in Ingolstadt u.a.: Präsident Dr. Jakob Kreidl und EU-Kommissar Günther Oettinger



Kommunaler Klimaschutz: Weniger Theorie - mehr Praxis!

Mit dem „Kommunalen Energiesparpaket“ unterstützt die BayernFM (Bayern Facility Management GmbH) in Kooperation mit der örtlichen Sparkasse Kommunen Schritt für Schritt auf dem Weg in die Klimaneutralität. Die Stichworte steigende Energiekosten, Klimawandel, endliche Ressourcen und neue Chancen für die Regionen zeigen, dass die Energiewende eine der zentralen Herausforderungen und Chancen unserer Zeit ist.

Die konkrete Umsetzung, wirtschaftlich sinnvoller Maßnahmen kann nur vor Ort geschehen. Den Kommunen kommt dabei eine Schlüsselstellung als Vorreiter, Rahmengeber, Multiplikator und Nutznießer der Energiewende zu: Eine Entlastung der Haushalte durch sinkende oder stabilisierte Energiekosten, neue Impulse für die regionale Wirtschaftsentwicklung, neue regionale Finanzkreisläufe, ein positives Image durch einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz sollten Motivation genug sein, das Thema anzupacken.

Papier ist geduldig

Wie sollte man den kommunalen Klimaschutz vor Ort anpacken? Nicht empfehlenswert ist es, sich in unabgestimmten Einzelmaßnahmen zu verzetteln. Ein anderer – wegen der Förderung im Rahmen der Klimaschutzinitiative der Bundesregierung – momentan häufiger beschrittener Weg ist die Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes. Dieses ermöglicht einen umfassenden Auftakt in den Klimaschutzprozess, hat aber aus Sicht der BayernFM wesentliche Schwächen:

- Die Ergebnisse und Maßnahmen sind i. d. R. zu oberflächlich, zu wenig praxisorientiert und unzureichend auf die tatsächliche (wirtschaftlich sinnvolle) Machbarkeit vor Ort untersucht.

- Vor einer politischen Entscheidung sind weitere (kostenintensive) Detailanalysen erforderlich.
- Papier ist geduldig: Die Praxis zeigt, dass häufig nur die wenigsten Maßnahmen umgesetzt werden.

Von der Theorie zur Praxis

Vor diesem Hintergrund hat die BayernFM das „Kommunale Energiesparpaket“ entwickelt. Das Konzept zeichnet sich durch eine stufenweise Vorgehensweise, eine hohe Praxisorientierung sowie die Konzentration auf die wesentlichen Themen Energieerzeugung, kommunale Liegenschaften sowie eine Implementierung eines umfassenden Klimaschutzprozesses (European Energy Award – eea®) vor Ort aus.

Die Vorteile sind:

- Ein dauerhafter Klimaschutzprozess ist implementiert.
- Den Gremien liegen entscheidungsreife und durchgerechnete Maßnahmenvorschläge vor.
- Werden die Kriterien für den eea® erfüllt, erhält die Kommune eine anerkannte Auszeichnung – ein gutes Argument im Wettbewerb der Regionen.

Im Baustein „Energieleitplan“ geht es darum, die Energieversorgung an die voraussichtliche Entwicklung des Energiebedarfs und die Ansprüche der Anbieter und Verbraucher vor Ort optimal anzupassen. Dazu wird zunächst der aktuelle Energieverbrauch erfasst und Szenarien für die zukünftige Verbrauchsentwicklung errechnet. Daneben werden die Potenziale für erneuerbare Energien analysiert. Danach werden wirtschaftlich sinnvolle Projekte ausgewählt und im Rahmen einer ersten Machbarkeitsbetrachtung im Detail analysiert und durchgerechnet. Im Baustein „Kommunale Liegenschaften“

werden die Gebäude baulich-technisch auf Herz und Nieren überprüft, anschließend detaillierte Sanierungskonzepte erarbeitet und ebenfalls in einer ersten Machbarkeitsbetrachtung durchgerechnet. Mit der Implementierung eea®-Prozess wird sichergestellt, dass die Aufgabe Klimaschutz umfassend und dauerhaft in der Kommune verankert wird. Im Rahmen des eea® werden zudem auch alle anderen bedeutsamen Themen wie die Einbindung der lokalen Akteure, Mobilität, Kommunikation etc. in den Prozess vor Ort integriert.

Das Kommunale Energiesparpaket eignet sich sowohl als umsetzungsorientierter Einstieg in den Klimaschutz als auch als eine ideale Fortführung – von der Theorie in die Praxis – für die Kommunen, die bereits ein klassisches Klimaschutzkonzept vorliegen haben und jetzt konsequent in den Umsetzungsprozess starten möchten. Eine Förderung der oben genannten Bausteine ist – mit Ausnahme des eea® grundsätzlich möglich.

2:0 für mehr Klimaschutz

Neben den Kommunen sind auch die Sparkassen vor Ort wichtige Klimaschutz-Akteure. Als Finanzier mit regionalem Hintergrund sollten sie aber nicht nur ein Teil sondern einer

der Treiber dieses Wandels sein. Das heißt, auch die eigenen Umweltwirkungen zu minimieren. Mit dem Beratungsansatz „Klimaschutzsparkasse“ unterstützt die BayernFM Sparkasseninstitute auf diesem Weg.

Autor/Kontakt:

Martin Behrends, BayernFM

089/442 33 3340; martin.behrends@bayernfm.de

Lob des Landrats

Im Zuge der „Energiewende Oberland“ begleitet die BayernFM den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen mit einem mehrstufigen Umsetzungskonzept, das den nachhaltigen und klimaneutralen Betrieb der landkreiseigenen Gebäude (11 Schulen und 4 Wohn-/Verwaltungsgebäude) vorsieht. In drei Phasen erfolgt eine Reduzierung des Energieverbrauchs, der Umstieg auf regenerative Energien sowie die Kompensation der unvermeidbaren CO₂-Emissionen durch Klimazertifikate.

Dazu äußerte sich Landrat Josef Niedermaier wie folgt: „Die stufenweise Vorgehensweise der BayernFM ermöglicht es uns, unsere finanziellen Ressourcen wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll einzusetzen und alle Entscheidungsgremien in einen regelmäßigen Informations- und Entscheidungsprozess einzubinden.“

Dr. Jakob Kreidl: „Wirtschaftsstandort Bayern braucht leistungsfähige Breitbandverbindungen“

Bayerischer Landkreistag begrüßt neues Breitbandförderprogramm der Bayerischen Staatsregierung

„Endlich sind die Bemühungen des Bayerischen Landkreistags und der anderen kommunalen Spitzenverbände erfolgreich gewesen. Das neue Breitbandförderprogramm der Bayerischen Staatsregierung, das bis 31.12.2017 laufen soll, kommt – aber sehr spät“, so Dr. Jakob Kreidl, der Präsident des Bayerischen Landkreistags. Obwohl die Breitbandabdeckung mit mind. 1 Mbit/s zum Jahresende 2011 bei 99 % lag, befindet sich Bayern bei schnellen Breitbandverbindungen im Ländervergleich nur im Mittelfeld.

Positiv hebt der Miesbacher Landrat hervor, dass durch das staatliche Programm die Förderung von Breitbandprojekten in ganz Bayern ermöglicht werden soll. Er begrüßt, dass der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen mit bis zu 50 Mbit/s und mehr gefördert werden soll. Insofern deckt sich das vorgelegte Förderprogramm mit der ehrgeizigen Breitbandstrategie der Bundesregierung, die eine flächendeckende Verfügbarkeit einer Bandbreite von 50 Mbit/s vorsieht. Um dieses Ziel zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich.

Kritisch merkt Dr. Kreidl an, dass die Förderung in Kumulationsgebieten von mindestens fünf Unternehmen abhängig gemacht wird, für die ein Bedarf nach Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s besteht, Schulen und Behörden hingegen zur Erfüllung dieser Fördervoraussetzung nicht in Ansatz ge-

bracht werden. Die Anbindung von Behörden und Schulen an leistungsfähige Datennetze sollte nicht ein erwünschter Nebeneffekt, sondern muss eines der zentralen Ziele eines staatlichen Förderprogrammes sein, da ansonsten staatliche Projekte wie das „Digitale Bildungsnetz Bayern“ oder Rechenzentrumslösungen in der öffentlichen Verwaltung aufgrund fehlender Bandbreiten nicht umsetzbar sind. Daneben ist festzustellen, dass bei einem Förderhöchstbetrag von 500.000 Euro und einem Mindestfördersatz von 40 % für Gemeinden mit stärkerer Finanzkraft bzw. 50 % für Gemeinden mit normaler Finanzkraft ein hoher Finanzierungsanteil bei den Kommunen verbleibt.

Zwar seien nicht alle Wünsche der kommunalen Seite erfüllt worden, doch ist das finanzielle Engagement des Freistaats Bayern für die Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandverbindungen positiv zu werten, zumal es bislang in den Bundesländern noch keine vergleichbare Hochgeschwindigkeitsbreitbandförderung gibt.

Zwischenzeitlich hat das Wirtschaftsministerium in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden Hinweise zum Hochgeschwindigkeitsbreitband-Förderprogramm erarbeitet. Gegenwärtig durchläuft das bayerische Förderprogramm das Notifizierungsverfahren der EU.

eGovernment-Monitor 2012

Nutzung und Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten im internationalen Vergleich

Der eGovernment MONITOR beleuchtet die Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten in Deutschland und verdeutlicht die Unterschiede bei der Nutzung im Vergleich zu anderen Ländern. Ein erfreuliches Ergebnis der Studie ist, dass die E-Government-Nutzung in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozentpunkte auf 45 Prozent aller volljährigen Bürger zugenommen hat. Rund die Hälfte der Befragten ist mit den angebotenen kommunalen Dienstleistungen auch überwiegend zufrieden. Als wichtige Barrieren für eine noch intensivere Nutzung von Online-Bürgerdiensten werden vor allem die mangelnde Durchgängigkeit, die undurchschaubare Struktur und unzureichende Hilfestellungen mancher Online-Angebote genannt. Der derzeitige Smartphone-Boom zeigt sich auch in den Wünschen der Bürger zum weiteren Ausbau des eGovernment-Angebotes. Rund 50 % der Befragten schätzen die zukünftige Abwicklung von Behördengängen über mobile Endgeräte als wichtig oder sehr wichtig ein. Die ausführlichen Ergebnisse können unter www.egovernment-monitor.de abgerufen werden.

Der eGovernment MONITOR 2012 ist eine Studie der Initiative D21 und ipima, durchgeführt von TNS Infratest und wird von der Innovationsstiftung Bayerische Kommune und durch weitere Partner unterstützt.

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune ist eine als gemeinnützig anerkannte Stiftung des öffentlichen Rechts. Sie wurde im Jahr 2010 von den vier bayerischen kommunalen Spitzenverbänden und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) errichtet. Sie fördert innovative IT-Projekte und Forschungsvorhaben im Bereich der kommunalen Informationstechnologie. Ziel der Stiftungsarbeit ist es, die Modernisierung der Verwaltung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommunen und zum nachhaltigen Bürgernutzen voranzutreiben.

www.bay-innovationsstiftung.de

(AKDB)

Kommunaler Finanzausgleich steigt auf über 7,7 Mrd. Euro

Dr. Kreidl: „Staatsregierung setzt sich für Kommunen ein!“

Gute Nachricht für die Bürger in ländlichen Regionen. Die durch den Winter beschädigten Kreisstraßen können schneller renoviert werden. Ein Sanierungsstau in den Kreiskrankenhäusern lässt sich ebenfalls schneller beheben und auch für die Schulen steht mehr Geld zur Verfügung. Die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2013 haben zu Gunsten der bayerischen Kommunen ein neues Rekordergebnis erbracht: Der Finanzausgleich steigt um 457 Mio. Euro auf 7.713,9 Mio. Euro (+ 6,3 %). Landrat Dr. Jakob Kreidl: „Der Abschluss ist positiv aus der Sicht der Landkreise zu sehen!“

Der Freistaat setzt sich einerseits auf der Bundesebene im Rahmen der Verhandlungen zum Fiskalpakt für eine Entlastung seiner Kommunen ein (Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung; Ausgaben in Bayern: 2,1 Mrd. Euro) und gleichzeitig stärkt er über den kommunalen Finanzausgleich die Kommunen in Bayern.

2013 werden die Schlüsselzuweisungen für Landkreise von 966 Mio. Euro auf 1.006 Mio. Euro ansteigen und damit erstmals über einer Milliarde Euro liegen. Ferner hat der Freistaat Bayern klare Signale zu Gunsten der Krankenhausinvestitionen (+ 70 Mio. Euro) und Schulinvestitionen (+ 30 Mio. Euro) gesetzt. Daneben gibt es Verbesserungen bei der Investitionspauschale, der Schülerbeförderung und den Zuweisungen an die Bezirke.

Es ist gelungen, 2013 einen Einstieg in die Reform des kommunalen Finanzausgleichs zu finden. Der Eingangssatz der Einwohnergewichtung wird bis 5.000 Einwohner von 108 % auf 112 % angehoben, der Großstadtzuschlag ab 500.000 Einwohner entfällt künftig. Die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs wird in einer Arbeitsgruppe mit Nachdruck weiter verfolgt. Die Bedarfzuweisungen für strukturschwache Gemeinden und Landkreise werden von 25,6 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro angehoben.

Dr. Kreidl: „Mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich 2013, die positive Entwicklung der Steuereinnahmen und die Unterstützung des Freistaats auf Bundesebene können die Landkreise positiv in die Zukunft sehen.“

Bund muss Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperation klarstellen

Der Deutsche Landkreistag hat den Bund gebeten, sicherzustellen, dass die gerade im ländlichen Raum immer wichtiger werdende Zusammenarbeit von Kommunen nicht erschwert wird. Vor dem konkreten Hintergrund einer drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit derartiger öffentlicher Kooperationen forderte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré eine zügige gesetzliche Klarstellung. „Interkommunale Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und darf nicht durch das Vergaberecht oder steuerrechtliche Vorschriften behindert werden. Insofern erwarten wir vom Bund eine zügige gesetzliche Klarstellung.“

Duppré erläuterte, dass die Erfolgsaussichten kommunalen Agierens im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel oder der Entwicklung der ländlichen Räume erheblich von den durch Landes- und Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen abhängen. Als Negativbeispiel nannte er das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem letzten Jahr, das die Umsatzsteuerpflicht für die öffentliche Hand erheblich ausgeweitet habe und dazu führe, dass die gesamte interkommunale Zusammenarbeit unter dem Verdacht der Steuerpflichtigkeit stehe.

„Es liegt auf der Hand und wird auch von niemandem bestritten, dass die Zusammenarbeit von Kommunen einer der wesentlichen Bestandteile eines erfolgreichen Umgangs mit demografischen Prozessen ist und unterstützt werden muss. Dazu gehört dann aber auch, interkommunale Kooperatio-

nen nicht zu behindern. Deshalb muss der Bund unbedingt zügig eine gesetzliche Klarstellung treffen, weil sonst mit der drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit ein erhebliches Hemmnis für die kommunenübergreifende Problemlösung besteht“, so Duppré. Interkommunale Zusammenarbeit – sowohl als gemeinsame Aufgabenerfüllung (Vollstreckung, Straßenunterhalt, Standesamt etc.) als auch als gemeinsame Back-office-Leistungen (Personalabrechnung, Beihilfe, Rechnungsprüfung, EDV) – sei für die Bewältigung der demografischen Herausforderungen von enormer Bedeutung und dürfe nicht durch das Vergaberecht oder steuerrechtliche Vorschriften behindert werden. „Es geht hier nicht um die ordnungspolitische Debatte um privat oder Staat, es geht darum, ob zwei Kommunen in den genannten Bereichen zusammenarbeiten dürfen oder ob sie es künftig aus steuerlichen Gründen wieder alleine machen müssen“, erläuterte Duppré.

Darüber hinaus sprach sich der DLT-Präsident im Zusammenhang mit der Reform des europäischen Vergaberechts dafür aus, interkommunale Kooperationen auf EU-Ebene nicht weiter einzuschränken. „Hier liegen nach dem maßgeblichen EuGH-Urteil aus dem Jahre 2009 klare Kriterien für eine Vergaberechtsfreiheit interkommunaler Zusammenarbeit vor, die nicht weiter von der EU-Kommission verschärft werden sollten. Anderenfalls drohe eine empfindliche Einengung kommunaler Spielräume und letztlich ein Ersticken von Kooperationsmodellen der Kommunen“, so Duppré abschließend. (DLT)

Landkreistag gegen Wiedereinführung von Alt-Kennzeichen

Dr. Kreidl: Kein Zurück in die Vergangenheit

Der Bayerische Landkreistag wendet sich gegen die vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) beabsichtigte Wiedereinführung von ausgelaufenen Kfz-Kennzeichen. „Die Wiederführung von Alt-Kennzeichen bedeutet ein Zurück in die Vergangenheit und ist nicht hilfreich“, so Präsident Dr. Jakob Kreidl bei der Präsidiumssitzung am 11. Juli 2012 in München. „Die grundsätzliche bürgerschaftliche Akzeptanz der Landkreise und Städte, die vor 40 Jahren aus der kommunalen Gebietsreform hervorgegangen sind, darf nicht durch die Einführung der alten amtlichen Kfz-Kennzeichen nachträglich wieder in Frage ge-

stellt werden“, sagte Präsidiumsmitglied und Finanzausschussvorsitzender Gebhard Kaiser, Landrat Oberallgäu. Zumindest müsse den Landräten ein Vetorecht eingeräumt werden. Kfz-Zulassungen seien schließlich staatliche Aufgabe.

Die vom StMWIVT angekündigte Vorgehensweise führt im Übrigen dazu, dass über Monate hinweg in den meisten Landkreisen Bayerns eine heftige Debatte über die Wiedereinführung der Alt-Kennzeichen entfacht wird. „Dies ist geradezu anachronistisch im 40. Jubiläumsjahr der Gebietsreform“, stellte Präsident Dr. Kreidl fest.

Neue Sicherheits-Philosophie - eine Maßnahme von „Sehen zum Vorher-Sehen“

Kinder nehmen – aktiv oder passiv in jedem Alter am Straßenverkehr teil. Sie brauchen besondere Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme.

Die neuen PowerDisplays – Geschwindigkeits-Warnsysteme, die sich aktuell in der Projektphase befinden – zeigen dem Autofahrer seine momentan gefahrene Geschwindigkeit an. Bei Überschreitung der Geschwindigkeitsgrenze blinkt zusätzlich

noch der rotleuchtende Schriftzug „Gas weg“ und bei rücksichtsvoller und „Vorher-Sehender“ Fahrweise ein grün leuchtendes „Danke“ auf.

Unterstützt wird dieses Gesamtkonzept durch das auch international bekannte, auf den neuen Dialog-Hinweisschildern abgebildete Kinderpärchen. Es steht stellvertretend für alle Kinder und kommuniziert über Handzeichen mit den Autofahrern für mehr Rücksichtnahme und Verantwortungsbewusstsein ge-

genüber den schwächsten Verkehrsteilnehmern – den Kindern. Freundlich mahnend, aber auch piffig – frech fordernd.

Zugleich warnt das Kinderpärchen die Autofahrer vor Geschwindigkeitsüberschreitung und Radar-Messungen. Die seinerzeit vom Bayerischen Innen- und Kultusministerium empfohlenen Hinweisschilder haben sich inzwischen so bewährt, dass sie auch im europäischen Ausland aufgestellt werden. (Schnellhammer)

PowerDisplay mit WechselOptik

Stop the speed!
Zeichen setzen-SicherheitsPower schaffen

Stop the speed!
Kinderbotschaften in eigener Sache

LANGSAM UNS ZULIEBE
Die neue Philosophie der "sprechenden Hinweisschilder"

s|dgn

Interkommunale Kooperation nicht behindern – Sonderinvestitionsprogramm für ländlichen Raum auflegen – Bund-Länder-Koordinierung verbessern

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat sich im Juni im sächsischen Vogtlandkreis u. a. mit dem demografischen Wandel und den Auswirkungen auf die Kommunen befasst. Mit Blick auf seine Demografiestrategie forderte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré den Bund auf, mit Landkreisen und Gemeinden in einen dauerhaften Dialog einzutreten und dafür zu sorgen, dass Anpassungsprozesse vor Ort wirksam unterstützt werden. „Wichtig ist, dass konkrete Ergebnisse und deren politische Um-

setzung insbesondere in den zentralen Themenfeldern der wirtschaftlichen Entwicklung, der interkommunalen Zusammenarbeit, des Breitbandausbaus, der medizinischen Versorgung und der Verkehrsinfrastruktur in der Fläche erreicht werden.“

Generell, so Duppré weiter, hingen die Erfolgsaussichten kommunalen Agierens erheblich von den durch Landes- und Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen ab. Als Nega-

tivbeispiel nannte er das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem letzten Jahr, das die Umsatzsteuerpflicht für die öffentliche Hand erheblich ausgeweitet habe und dazu führe, dass die gesamte interkommunale Zusammenarbeit unter dem Verdacht der Steuerpflichtigkeit stehe. „Keiner bezweifelt, dass die Zusammenarbeit von Kommunen einer der wesentlichen Bestandteile eines erfolgreichen Umgangs mit demografischen Prozessen ist, was ja auch von vielen Modellprojekten und Förderprogrammen des Bundes aufgegriffen, teilweise sogar zwingend als Voraussetzung vorgeschrieben wird. Dazu gehört dann aber auch, interkommunale Kooperationen an anderer Stelle nicht zu behindern. Deshalb muss der Bund unbedingt zügig eine gesetzliche Klarstellung treffen, weil sonst mit der drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit ein erhebliches Hemmnis für die kommunenübergreifende Problemlösung besteht und diese droht, in einer Sackgasse zu landen“, so Duppré.

Ein zentrales Problem bei der Bewältigung des demografischen Wandels sei weiterhin, dass die erforderlichen Anpassungen fast ohne Ausnahme zusätzliche finanzielle Aufwendungen erforderten, womit die Kommunen gerade in den

strukturschwachen Gebieten überfordert seien. „Neben den bestehenden Förderinstrumenten muss daher ein zeitlich und räumlich begrenztes ‚Sonderinvestitionsprogramm Ländlicher Raum‘ zur Unterstützung von Gebieten mit besonderen demografischen Herausforderungen aufgelegt werden, um gezielt entsprechende Entwicklungs- und Anpassungsprozesse in besonders gravierend betroffenen Gebieten zusätzlich zu befördern“, schlug Duppré vor.

Schließlich sprach der DLT-Präsident vor dem Hintergrund der Umsetzung und weiteren Konkretisierung der Demografiestrategie des Bundes mit der beabsichtigten neu einzu-richtenden Bund-Länder-Koordinierung in Wirtschafts- und Infrastrukturfragen einen weiteren wichtigen Punkt an. „Dies unterstützen wir mit allem Nachdruck! Wir müssen schleunigst alle an einem Strang ziehen, so dass wir auch in Anbetracht der vielfältigen Instrumente und Maßnahmen zu einem ebenenübergreifenden Politikansatz aus einem Guss gelangen, der dem ländlichen Raum hilft und Entwicklungsprozesse wirksam unterstützt. Die dementsprechende Moderation sollte das Bundeskanzleramt wahrnehmen.“ (DLT)

Ehrenamtliche erhalten gebührenfreies Führungszeugnis für ehrenamtliche Tätigkeit

Jeder, der künftig ein Führungszeugnis für eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer gemeinnützigen Einrichtung benötigt, bekommt dieses neuerdings kostenfrei. Bisher wurde keine Gebührenfreiheit gewährt, wenn Ehrenamtler für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung erhielten. Die Gebührenbefreiung geht auf eine Entscheidung des Präsidenten des Bundesamts für Justiz, Heinz-Josef Friche, zurück.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl begrüßt diese Entscheidung mit den Worten: „Das bürgerschaftliche Engagement in einem Ehrenamt wird so gefördert.“ Normalerweise kostet ein Führungszeugnis bei Antragstellung bei der örtlichen Meldebehörde 13 Euro. Die Entscheidung zur Gebührenbefreiung geht auf die Kritik zahlreicher Sportvereine, karitativer Einrichtungen und Träger von sozialen

Projekten zurück. Der Erhalt einer Aufwandsentschädigung schloss bisher die Gebührenbefreiung aus. „Oftmals sind solche Aufwandsentschädigungen ohnehin gering. Daher werden Führungszeugnisse, die für ehrenamtliche Tätigkeit benötigt werden, generell von der Gebührenerhebung ausgenommen“, teilte Friche mit.

Bei der Antragsstellung eines Führungszeugnisses muss der Ehrenamtliche lediglich eine Bescheinigung der Einrichtung vorlegen, für die er sich engagiert. Seit dem 1. Mai 2010 benötigen ehrenamtlich Tätige insbesondere dann ein Führungszeugnis, wenn sie kinder- und jugendnah tätig sind oder tätig werden wollen. Sie haben ein „erweitertes“ Führungszeugnis vorzulegen, in dem etwaige Sexualdelikte länger aufgeführt werden als im „normalen“ Führungszeugnis.

Bildungsregionen als wichtiger Beitrag zu gleichen Lebensbedingungen im Freistaat Bayern

Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle startete Ende Mai gemeinsam mit Regierungspräsident Christoph Hillenbrand und dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, im Landkreis Miesbach die Initiative, Landkreise und kreisfreie Städte des Freistaats als „Bildungsregionen“ zu gestalten.

Ziel der Initiative, für die Minister Dr. Spaenle Schulen, Kommunen, Jugendhilfe, Bildungsträger und Vertreter der

Wirtschaft vor Ort an einem Runden Tisch zusammenholt, ist es, die Bildungsangebote und -qualität vor Ort für die jungen Menschen zu verbessern.

„Wir wollen die Kinder und Jugendlichen und vor allem diejenigen unter ihnen, die unsere Unterstützung besonders brauchen, noch intensiver begleiten - vom Kindergarten über die Schulen bis zu Beruf oder Hochschule“, so der Minister. Als öffentlichen Ort, den besten Weg für die jungen Men-



schen in ihr Leben zu suchen, deutete Minister Dr. Spaenle das Dialogforum, das als Runder Tisch für die Gestaltung der Bildungsregion in den Landkreisen und kreisfreien Städten dienen wird.

„Wir wollen mit der Gestaltung der Bildungsregionen auch dem Verfassungsauftrag nachkommen, gleiche Lebensbedingungen im ganzen Land zu realisieren“, so der Minister. Schule ist für den Minister mehr als nur ein Ort, an dem Lehrkräfte Unterricht halten, Schule ist für ihn ein Lebensraum.

„Wir wollen alle Einrichtungen, die sich um die Bildung junger Menschen kümmern, eng miteinander vernetzen, von der vorschulischen Bildung bis zu den beruflichen Schulen und zur Erwachsenenbildung“, so Landrat Dr. Jakob Kreidl. Er gab seinem Wunsch Ausdruck, den jungen Menschen in seinem Landkreis die besten Bildungschancen zu geben. Der Landkreis Miesbach war im Bildungsatlas als Landkreis ausgezeichnet worden, weil er seinen Bürgerinnen und Bürgern besondere Bildungschancen eröffnet.

Die Initiative zur Gestaltung von Bildungsregionen werde, so Regierungspräsident Hillenbrand, den Menschen vor Ort zugutekommen und dabei zugleich neue Chancen für ein lebenslanges Lernen eröffnen.

Übergänge zwischen Einrichtungen fließender zu gestalten

Inhaltlich stehen fünf Handlungsfelder bei der Gestaltung der Bildungsregionen im Mittelpunkt. Es geht darum:

1. Übergänge zwischen einzelnen Einrichtungen fließender zu gestalten, etwa von Kindergärten zu Schulen, von Schulen zu Unternehmen usw.,
2. schulische und außerschulische Bildungsangebote zu vernetzen,
3. jungen Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu helfen,
4. die Bürgergesellschaft zu stärken und dazu auch z. B. die Schulen und die Jugendarbeit enger zu verbinden, und
5. die Herausforderungen des demografischen Wandels proaktiv zu gestalten.

Von gut 20 Landkreisen und kreisfreien Städten in ganz Bayern wurde bereits Interesse an der Gestaltung von Bildungsregionen signalisiert.

Kultusministerium verleiht Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“

Am Ende des Prozesses, der sich je nach Gebietskörperschaft verschieden gestalten und unterschiedlich viel Zeit in Anspruch nehmen wird, steht ein Gütesiegel – „Bildungsregion in Bayern“, das das Ministerium nach einer Prüfung des jeweiligen Konzepts und der Umsetzungsschritte verleiht. Allerdings wird die Diskussion über die Bildungsregionen sich nicht auf die Verleihung des Gütesiegels beschränken. In dem Prozess, machte Minister Spaenle deutlich, werde auch die Frage nach dem Einsatz von Ressourcen gestellt und Entscheidungen für die Zukunft gefällt.

Dialogforen und Arbeitskreise mit allen Beteiligten bereiten den Weg – Lösungen aus der Region und für die Region

Die Kommunen werden bei der Gestaltung der Bildungsregionen von der neu eingerichteten Konferenz der Schulaufsicht unterstützt. Der jeweilige Landrat bzw. Oberbürgermeister wird gemeinsam mit der Schulverwaltung zu einem Dialogforum, gleichsam einem Bildungsplenum, einladen - und zwar die Schulfamilien, die Kommunen mit ihren Bürgermeistern, die Behörden und die regionale Wirtschaft, die Agentur für Arbeit und Bildungsträger, die Kirchen und weitere wichtige gesellschaftliche Organisationen. Gemeinsam sollen Handlungsvorschläge entwickelt werden.

„Ich bin zuversichtlich, dass die Landkreise und kreisfreien Städte sich, wie das Beispiel in Miesbach zeigt, intensiv an diesem Dialog zur weiteren Verbesserung der Bildungsangebote und -qualität zugunsten unserer jungen Menschen beteiligen“, so Minister Spaenle abschließend. Die Schulverwaltung wird den Prozess intensiv begleiten. (StMUK)

Engagement für Kinder, Jugendliche und Familien - Zukunftssicherung für Kommunen

Kommunale Spitzenverbände und Jugendarbeit in Bayern reagieren auf demografischen Wandel und zeigen Chancen für Kommunen auf

Die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien wird über die Zukunftsfähigkeit von Gemeinden, Städten und Landkreisen entschieden. Das ist das Resümee der kommunalen Spitzenverbände in Bayern - Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag - und des Bayerischen Jugendrings. Die Teilnehmer der gemeinsamen Landestagung zur kommunalen Jugendpolitik diskutierten in Beilngries den demografischen

Wandel in Bayern und die daraus resultierenden Probleme, Handlungsfelder und Chancen für die kommunale Arbeit vor Ort.

Umbruch im Altersaufbau der Kommunen

Aufgrund von rückläufigen Geburtenzahlen, einer steigenden Lebenserwartung, aber auch starker Stadt-Umland-Wandernbewegungen sinkt die Einwohnerzahl vieler Kommu-

nen kontinuierlich. Weitere Merkmale des demografischen Wandels sind darüber hinaus eine wachsende ethnische und kulturelle Vielfalt in der Bevölkerung, sich ändernde Familienstrukturen und Lebensläufe. Das führt dazu, dass die Zukunftsplanung der Kommunen an den spürbaren und absehbaren Entwicklungen ausgerichtet werden muss.

Mehr, nicht weniger Investitionen in Kinder, Jugendliche und Familien

Prognosen, die diese Trends fortschreiben, gehen für den Zeitraum von 2010 bis 2020 von einem kritischen Jahrzehnt aus, in dem Städte, Gemeinden und Landkreise versucht sind, die kommunale Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in geringerem Maß zu unterstützen. „Dieses Paradox des demografischen Wandels muss aufgelöst werden: Nicht weniger, sondern mehr müssen Kommunen trotz klammer Kassen in die Lage versetzt werden, in Kinder, Jugendliche und Familien zu investieren“, äußerten sich unisono der Bayerische Jugendring und die kommunalen Spitzenverbände in Bayern. Sie betonten, dass auch vor dem Hintergrund klammer Kassen mit einer kinder- und familienfreundlichen Ausrichtung und der Integration von Migranten die Attraktivität von Kommunen gesteigert werden kann.

Spielräume für Kinder, Chancen für Kommunen

Praxisbeispiele verdeutlichten, wie unterschiedlich Kommunen vom Umbau der Altersstrukturen betroffen sind und mit welchen Strategien und Aktivitäten sie damit umgehen. Der demografische Wandel bietet auf kommunaler Ebene auch Chancen – beispielsweise mit mehr Spiel- und Gestaltungsräumen für Kinder und Jugendliche: Angebote, die den persönlichen Interessen und Neigungen der Einwohner ent-

sprechen, fördern das gesellschaftliche Miteinander und die Lebensqualität am Wohnort.

Persönliches Engagement und Bürgerbeteiligung

Die Veranstalter unterstrichen, dass die Verstärkung des persönlichen Engagements immer bedeutender und notwendiger wird. Das Potenzial ehrenamtlicher Arbeit sei in unserer Gesellschaft jedoch noch nicht ausgeschöpft. Gerade angesichts des demografischen Wandels sollten vor allem für Kinder und Jugendliche neue Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Denn die nachwachsenden Generationen sind es, die die Folgen der aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen zu tragen haben. Ihre Innovationskraft für die gesellschaftliche Gestaltung sollte möglichst früh einbezogen werden.

Sozial integrative Partizipationsangebote vernetzen Menschen und entfalten ihre prägende Wirkung auf dem weiteren Lebensweg. Das gilt insbesondere für Jugendliche, die nicht leicht zu aktivieren und motivieren sind: Niedrigschwellige Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen die Grundlage für eine erfolgreiche Integration in das kommunale Gemeinwesen.

Die gemeinsame Landestagung Kommunale Jugendpolitik 2012 diente vor dem theoretischen Hintergrund und den Auswertungen des statistischen Datenmaterials vor allem auch dem Austausch, der Diskussion und der Vorstellung von Praxisbeispielen aus Bad Kissingen, Coburg und Schwarzenbach an der Saale. Michael John vom Basis-Institut für soziale Planung, Beratung und Gestaltung (Bamberg) ergänzte die Tagung mit einer Einführung in die Konzepterstellung für Kommunen. (BJR)

Krankenhäuser „operieren“ finanziell am Limit, während gesetzliche Krankenkassen Milliardenüberschüsse erzielen

Der Deutsche Landkreistag hat anlässlich seiner Sitzung im sächsischen Vogtlandkreis auf die Finanzsituation der kommunalen Krankenhäuser aufmerksam gemacht. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré kritisierte die für 2011 vorgenommene Kürzung der Finanzmittel für die Krankenhäuser, die einem tatsächlich nicht entstandenen Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung entgegenwirken sollte. „Stattdessen haben die gesetzlichen Krankenkassen im vergangenen Jahr einen Überschuss in Milliardenhöhe erzielt. Darin sehen wir einen krassen Widerspruch!“ Die knapp 400 Krankenhäuser in Trägerschaft der Landkreise, die zumeist die Grundversorgung ihrer Bevölkerung mit stationären medizinischen Diensten sicherstellten, seien dringend auf eine verbesserte Finanzausstattung angewiesen.

Die von den Koalitionsfraktionen beabsichtigten Verbesserungen der Krankenhausfinanzierung reichten nicht aus, teilweise führten sie zu einer erheblichen Verschärfung der

wirtschaftlichen Perspektiven über das Jahr 2012 hinaus. Insbesondere seien die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Maßnahmen in Höhe von insgesamt 280 Mio. Euro nicht ausreichend, die Folgen der Tarifabschlüsse zu kompensieren: „Die Belastungen der Krankenhäuser liegen um das Dreifache höher, so dass durch diese zusätzlichen Kosten aufgrund der Tarifsteigerung für viele Häuser eine existenzielle Bedrohung besteht“, sagte Duppré. „Wir fordern daher den vollen Ausgleich der Tarifsteigerung!“

Weiterhin sei erforderlich, den krankenhausspezifischen Orientierungswert zügig umzusetzen und ihn anstelle der derzeitigen Grundlohnbindung zum Maßstab für die Zuteilung von Finanzmitteln zu machen. Duppré: „Wir wenden uns aber entschieden dagegen, dass nunmehr die bisherige Grundlohnrate als Obergrenze für die Verhandlungen nur unwesentlich nach oben erweitert werden soll. Dadurch besteht die begründete Gefahr, dass es letztlich zu überhaupt keiner finanziellen Verbesserung für die Krankenhäuser kommt.“

Schließlich sei die Fortschreibung von Mehrleistungsabschlüssen problematisch, auch wenn sie nunmehr vorläufig bis 2014 zeitlich begrenzt ist. „Hierdurch wird das Risiko für das steigende Krankheitsrisiko der Bevölkerung auf die Krankenhäuser verlagert.“

Bei der ambulanten medizinischen Versorgung sei es mit dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz gelungen, dass die Krankenkassen dieses Morbiditätsrisiko trügen. Nun wolle man bei der stationären Versorgung den entgegengesetzten Schritt gehen, wofür kein sachlicher Grund bestehe, so Duppré abschließend. (DLT)

EU-Gesundheitsprogramm: Gesundheit für Wachstum

Im Mai veranstaltete die Europäische Kommission unter Leitung des Kommissars für Gesundheit und Verbraucherschutz John Dalli (M) eine Konferenz zum Thema „EU-Gesundheitsprogramme: Ergebnisse und künftige Ausichten“ („EU Health Programmes: results and perspectives“). Der 10. Jahrestag der EU-Gesundheitsprogramme gab Anlass, auf vergangene Projekte zurückzuschauen und Perspektiven für die Programme der Förderperiode 2014 – 2020 mit den relevanten Akteuren des Gesundheitssektors zu besprechen. Das künftige EU-Aktionsprogramm steht unter dem Motto „Gesundheit für Wachstum“ („Health for Growth“).

Erfahrungen und Ergebnisse aus den vorausgegangenen Programmperioden

Der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, John Dalli (M), betonte in seiner Begrüßungsrede, dass die EU-Gesundheitsprogramme in den Förderperioden 2003 – 2007 und 2008 – 2013 zwar jeweils nur ein relativ kleines Budget zur Verfügung hatten, diese aber dennoch eine große Veränderung in der Gesellschaft bewirken konnten. Deshalb wolle die EU auch weiterhin in Gesundheit investieren. In den Jahren 2003 – 2012 konnten insgesamt über 673 Gesundheitsaktionen gefördert werden, stellte Martin Seychell von der Kommission klar. Im ersten Teil der Konferenz wurden vier Erfolgsgeschichten vorgestellt, die durch das EU-Aktionsprogramm ermöglicht werden konnten. Die Kommission hat eine Broschüre mit 20 Erfolgsgeschichten zusammengestellt, die in englischer Sprache unter http://ec.europa.eu/health/programme/docs/success_stories_hp_2008-2013_en.pdf verfügbar ist.

Zwischenbewertung der Förderperiode 2008 – 2013

Außerdem veröffentlichte die EU-Kommission ein Arbeitsdokument mit einer Zwischenbewertung der Gesundheitsprogrammperiode 2008 – 2013. Dieses kann in englischer Sprache unter http://ec.europa.eu/health/programme/docs/mid-term_eval_hp2008-2013.pdf eingesehen werden. Darin führt sie sieben Kriterien auf, welche den europäischen Mehrwert einer Gesundheitsinitiative ausmachen: die Identifikation und Auswahl von guten Praxisbeispielen anhand wissenschaftsbasierter Kriterien, (neu) geschaffene Netzwerkaktivitäten, der aus der Initiative resultierende Zugewinn, der Nutzen in politischen Entscheidungsprozessen, der Beitrag zur Reduzierung grenzüberschreitender Gesundheitsrisiken sowie zur Freizügigkeit der EU-Bürger. Weiter enthält das Arbeitsdokument

mehrere Empfehlungen für die künftige Förderperiode ab 2014. Beispielsweise schlägt es vor, das öffentliche Gesundheitswesen dort zu unterstützen, wo ein Mitgliedstaat allein Probleme nicht lösen kann. Weiter rät es, klarere Leitlinien und Definitionen (z. B. Begriff „wissenschaftsbasiert“) für potenzielle Bewerber zur Verfügung zu stellen u. v. m.

„Gesundheit für Wachstum“ in der künftigen Förderperiode 2014 – 2020

Die Konferenz gab auch einen Ausblick auf die künftige Förderperiode des Programmes „Gesundheit für Wachstum“ ab 2014. Im Vorschlag der Kommission wird der Etat dieses EU-Programmes um rund 10 % aufgestockt. Insgesamt sollen 446 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Vor allem sollen die Implementierung und die Kooperation der einzelnen Programme in den Mitgliedstaaten vorangetrieben werden. Obwohl in den meisten Mitgliedstaaten die Gesundheitsfürsorge in den Händen von lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften liegt, ist eine gemeinsame europäische Strategie dennoch wichtig. Es soll die Entwicklung von Innovationen wie e-Gesundheit u. Ä. vorangetrieben, der Zugang zu besserer und sicherer Gesundheit ermöglicht und der Aspekt der Prävention gestärkt werden. Der Vorschlag der EU-Kommission, der noch das Gesetzgebungsverfahren durch Parlament und Rat durchlaufen muss, kann unter http://ec.europa.eu/health/programme/docs/prop_prog2014_de.pdf eingesehen werden. Der Vorschlag soll von den beiden EU-Institutionen Ende 2013 angenommen werden, um 2014 starten zu können.

Eröffnung der Plattform HEIDI („Health in Europe: Information and data Interface“)

Zur Feier des zehnjährigen Bestehens der EU-Gesundheitsprogramme wurde die virtuelle Plattform HEIDI („Health in Europe: Information and data Interface“) offiziell eröffnet. Auf dieser Seite stellt nicht nur die EU-Kommission Inhalte bereit, sondern alle interessierten Kreise, die im Gesundheitsbereich tätig sind. Auf die Plattform können Daten, Berichte u. a. hochgeladen, geteilt und diskutiert werden. Nach dem Vorbild des Onlinelexikons Wikipedia lebt das HEIDI-Wiki von der Beteiligung der Zivilbevölkerung. HEIDI kann auch von Organisationen, Aktionsgruppen oder anderen Akteuren des Gesundheitswesens genutzt werden, um Informationen bereitzustellen und zu teilen. Der Vorteil hierbei ist, dass HEIDI die Daten nachhaltig speichern und diese auch nach Ende des Projekts oder Programmes - wenn die projekteigene Internetseite nicht mehr existiert - zur Verfügung stellen kann. Die

HEIDI-Internetseite steht unter https://webgate.ec.europa.eu/sanco/heidi/index.php/Main_Page für alle Interessierten offen.

Fazit der Konferenz

Die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen wird immer weiter steigen, die Gesundheitsfürsorge soll allen Menschen zugänglich sein. Auch gibt es viel Wissen vor Ort, das weiter

verbreitet werden soll. Hierzu ist eine „Gesundheitsinfrastruktur“ zum Austausch von Wissen und Erfahrung auf EU-Ebene notwendig. Diese könnte durch eine virtuelle Plattform wie HEIDI entstehen. Ausführliche Informationen über die gesamte Konferenz sowie weiterführende Links zu den vorgestellten Organisationen und Programmen sind in englischer Sprache unter http://ec.europa.eu/health/programme/events/ev_20120503_en.htm erhältlich. (ebbk)

Unterzeichnung „Vereinbarung gegen Alkoholmissbrauch auf Festveranstaltungen im Landkreis Fürstentum Fürstentum Fürstentum“

Im Landratsamt Fürstentum Fürstentum Fürstentum unterzeichneten auf Einladung von Landrat Thomas Karmasin die Bürgermeister und Oberbürgermeister des Landkreises sowie Vertreter der Polizeiinspektionen und des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord die gemeinsame „Vereinbarung gegen Alkoholmissbrauch auf Festveranstaltungen“. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zusammengesetzt aus verschiedenen Vertretern aus Gewerbe- und Ordnungsämtern der Gemeinden, den Polizeiinspektionen des Landkreises, dem Straßenverkehrs-, dem Gewerbeamt und der Fachstelle Jugendschutz des Amtes für Jugend und Familie hatte im März 2010 unter der Schirmherrschaft von Landrat Karmasin die Vereinbarung auf den Weg gebracht.

Die „Vereinbarung gegen Alkoholmissbrauch auf Festveranstaltungen“ ist ein wesentlicher Bestandteil des kommunalen Alkoholpräventionsprojektes „HaLT - Hart am Limit“ und ermöglicht ein einheitliches Vorgehen der Städte und Gemeinden als Genehmigungsbehörden auf Landkreisebene. Miteinander Feiern und Spaß haben soll nach wie vor im Vor-

dergrund von Veranstaltungen stehen. Im Fokus der Vereinbarung steht die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes.

„Es geht nicht darum, Partys und Veranstaltungen, die Jugendlichen Spaß machen, zu verbieten“, betonte Landrat Thomas Karmasin. „Es geht darum, den jungen Menschen beizubringen, wo Risiken und Gefahren des Alkoholkonsums liegen und wie man damit umgehen soll.“

Auf der Grundlage der neuen Vereinbarung können beispielsweise Auflagen zur Verhinderung des sog. Kofferraumtrinkens erlassen werden. Dabei handelt es sich um die Unart, sich außerhalb des Festgeländes, aber dennoch in der Nähe der Veranstaltung mit Schnaps zu betrinken und hinterher zum Fest zurückzukehren. Weiterhin ist geregelt, dass landkreisweit Veranstaltungen grundsätzlich spätestens 3.00 Uhr des Folgetags ist.

Der vollständige Text der Vereinbarung kann im Internet unter www.lra-ffb.de eingesehen werden. (LRA FFB)



Alle 23 Städte und Gemeinden vertreten durch die jeweiligen Ober- und Bürgermeister/innen sowie Stellvertreter haben die vom Landkreis Fürstentum Fürstentum Fürstentum initiierte „Vereinbarung gegen Alkoholmissbrauch auf Festveranstaltungen“ unterzeichnet. Auf dem Bild vorne rechts Landrat Thomas Karmasin sowie die Referentin für Jugend und Familie im Kreistag, Margret Kopp und die zuständige Fachabteilung, Amt für Jugend und Familie im Landratsamt.

Landkreis Lichtenfels: Eröffnung des Beobachtungsturms Unterbrunn bei Ebensfeld im Rahmen des LIFE- Projektes Oberes Maintal

Die Landkreise Bamberg und Lichtenfels, Bund Naturschutz und Landesbund für Vogelschutz sind Träger eines LIFE-Förderprogrammes (EU-Programm zur Verbesserung von Natura 2000 Gebieten). Im Projektzeitraum 2010 – 2014 fördern sie mit einem Finanzvolumen von 2,22 Mio. € die Vergrößerung vorhandener Lebensräume (Altarme, bunte Blumenwiesen, Auwälder...). Dabei wird auf vorhandene Infrastrukturen und Konzepte wie Renaturierung durch das Wasserwirtschaftsamt oder das Flussparadies Franken zurückgegriffen. Durch besondere Angebote wie Naturlehrpfade, Infotafeln, Exkursionen oder Aussichtstürmen werden Bevölkerung und Besucher mit eingebunden.

Mit acht Meter hohen Beobachtungstürmen an exponierter Stelle sollen die Besonderheiten der Natur im Obermaintal, vor allem die sonst unzugänglichen Wasserlandschaften sichtbar werden. (LRA Lichtenfels)



Das Bild zeigt Bürgermeister Bernhard Storath (links) und Landrat Christian Meißner (zweiter von links) bei der „Erstbesichtigung“ des Turms.

Landkreis Bamberg: Berufliche Oberschule stellt „Europa grenzenlos“ aus

Die Staatliche Berufliche Oberschule Bamberg ist seit September 2010 Comenius-Schule. Das bedeutet, dass sie zusammen mit ihrer Partnerschule, dem V Liceum in Poznan am EU-Programm für lebenslanges Lernen teilnimmt. Der Projekttitle lautet „Grenzenloses Europa – Bamberger in Großpolen, Polen in Bayern“. Die Hauptidee des Projekts ist die Mobilität junger Menschen in Europa zu fördern und eine Fremdsprache für ein mögliches Studium oder die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit im Ausland zu erlernen. Aus diesem Grund werden in dem Projekt junge Deutsche Grundkenntnisse in Polnisch erwerben und Polen werden ihre Deutschkenntnisse vertiefen.

Schüler, die an dem 2010 gestarteten Projekt in Posen und Bamberg teilnehmen, arbeiten gemeinsam an verschiedenen Themen. Dabei werden einzelne Arbeitsschritte des Projekts in deutsch-polnischen Tandems bearbeitet, indem die Schüler per Internet kommunizieren. Ein zentrales Element ihrer Untersuchungen waren Interviews mit Deutschen, die in Großpolen leben, und mit Polen, die in Franken wohnen. Die Schüler haben erforscht, welche Aufgaben auf Menschen zukommen, die aufgrund eines Arbeitsplatzwechsels oder zu Ausbildungszwecken auswandern wollen. Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden aufbereitet und in der Ausstellung „Europa grenzenlos“ sowie in einer zweisprachigen Broschüre veröffentlicht, die bei der Beruflichen Oberschule Bamberg (Ohmstr. 17, 96050 Bamberg, Telefon: 0951/9126-0, Fax: 0951/9126200, E-Mail: mail@bos-bamberg.de, Stichwort: „Comenius-Projekt“) kostenlos bestellt werden kann.



Stellwände der Ausstellung „Europa grenzenlos“
(Quelle: Berufliche Oberschule Bamberg)

Die Themen der Broschüre sind:

- Die historische Auswanderung von Bambergern nach Posen
- Typische deutsche und polnische Namen
- Lehnwörter/False Friends
- Vorurteile gegenüber Deutschen und Polen
- Interviews mit Auswandern

Deutsch ist die Projektsprache, die Kommunikation findet aber auch in anderen Sprachen (polnisch, englisch) statt. Die Ergebnisse der Teams werden aber stets auf deutsch und auf polnisch präsentiert, damit sie für alle Teilnehmer gut verständlich sind. Finanzielle Mittel werden von dem EU-Programm für lebenslanges Lernen (COMENIUS) bereitgestellt. (LRA Bamberg)

Landkreis Miltenberg: Regierungspräsidentin und Landräte aus der Oberpfalz im Landratsamt

Bei ihrem viertägigen Besuch im Landkreis Miltenberg haben sich sechs Landräte und die Regierungspräsidentin aus der Oberpfalz zunächst im Zentec (Großwallstadt) mit Fragen des Regionalmarketings und des Regionalmanagements beschäftigt. Am folgenden Tag war die Delegation zu Gast im Landratsamt in Miltenberg, wo Landrat Roland Schwing im großen Sitzungssaal nicht nur seinen Landkreis vorstellte, sondern auch aus der aktuellen Arbeit des Innovationsrings berichtete. Neben Aussagen zur Entwicklung der Führungskräfte am Landratsamt Miltenberg stießen vor allem Schwings Äußerungen zu aktuellen Vorhaben des Innovationsrings auf großes Interesse der Gäste.

Schwing, der dem **Bayerischen Innovationsring** seit dessen Gründung im Jahr 1997 vorsteht, berichtete aus den derzeit vier Arbeitsgruppen des Innovationsrings, deren Arbeit unmittelbar den Landkreisen zugutekommt. E-Government, also die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, sei laut Schwing das bestimmende Thema der Zukunft. Vermutlich von Januar 2013 an werde eine Arbeitsgruppe des Innovationsrings einen Leitfaden zur Einführung und zum Einsatz von Dokumentenmanagementsystemen erarbeitet haben. Aber auch aktuelle Themen wie sichere E-Mails würden in der Arbeitsgruppe behandelt.

Nachfragen hatten die Oberpfälzer zur Arbeitsgruppe „Ser-

vice- und Kundenorientierung“ – vor allem was die **Bürger- und Kundenbefragung** von zwölf Landratsämtern im Jahr 2010 (darunter auch das Landratsamt Miltenberg) und von acht Ämtern im Jahr 2012 betraf. Dabei hatte die Gesellschaft für Konsumforschung (Nürnberg) herausgefunden, dass über 90 Prozent der Bürger mit den im Jahr 2010 befragten Landratsämtern zufrieden seien. Zurzeit, so Roland Schwing, warte man auf die Auswertung der 2012er Umfrage. Die Ergebnisse würden in die Erstellung einer „Handlungsempfehlung für ein kunden- und serviceorientiertes Landratsamt“ fließen. Vermutlich schon im Herbst dieses Jahres sei mit dieser Empfehlung zu rechnen. Eines könne man aber bereits jetzt sagen, so der Landrat: „Die Landratsämter, die sich einen qualitativ guten Bürgerservice leisten, liegen auch in der Kundenzufriedenheit vorne.“ Diese Umfragen sollten aber nicht in Ranglisten münden, erklärte Schwing, vielmehr dienten sie der Optimierung von Prozessen in den einzelnen Behörden. Schwings Ausführungen schloss sich noch eine Diskussion an.

Die Delegation bestand aus Regierungspräsidentin Brigitta Brunner sowie den Landräten Richard Reisinger, Landkreis Amberg-Weizsach, Simon Wittmann, Neustadt an der Waldnaab, Herbert Mirbeth, Regensburg, Volker Liedtke, Schwandorf, Wolfgang Lippert, Tirschenreuth sowie Johannes Reile, dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags. (LRA Miltenberg)



Beim Besuch der Oberpfälzer Delegation im Miltenberger Landratsamt war die Arbeit des Bayerischen Innovationsrings ein Thema, das auf großes Interesse stieß.

Im Bild (von links): Landrat Roland Schwing, Landrat Volker Liedtke, Landrat Richard Reisinger, Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, Johannes Reile (Bayerischer Landkreistag), Landrat Herbert Mirbeth, Landrat Wolfgang Lippert und Landrat Simon Wittmann.

Landkreis Donau-Ries: Startschuss für das Onlinemagazin

Innovative Zeitschrift ist Teil der landkreisweiten Imagekampagne

Nach der Plakataktion „Wir sind Donau-Ries“ ergänzt der Landkreis seine Imagekampagne nun um ein weiteres Projekt. Vor 70 Partnern aus Kommunen, Unternehmen und Institutionen gab Landrat Stefan Rößle offiziell den Startschuss für das Onlinemagazin Donau-Ries. „Dieses innovative Projekt hilft Bürgerinnen und Bürgern, Touristen oder Interessierten, zielgerichtet an Informationen über den Landkreis Donau-Ries zu gelangen“, betonte Rößle bei der Auftaktveranstaltung im Landratsamt.

Mit dem Onlinemagazin ist der Landkreis Donau-Ries der erste Landkreis in Deutschland, der mit einer 3-D-Zeitschrift ähnlich wie BMW, Audi oder die Lufthansa für eine Region wirbt. Das Medium, für dessen Gestaltung und technische Umsetzung sich die Agentur DesignKonzept in Mertingen verantwortlich zeichnet, ist dank des Einsatzes von Diaschaus, Videos, Karten, Jobbörsen und anderer Anwendungen sehr innovativ und vielseitig. Es kann unter der Webadresse www.emagazin-donau-ries.de abgerufen werden.

Schwabens IHK-Vizepräsident Jürgen Schmidt hatte den Bürgermeistern, Kreisräten und Unternehmen zunächst die Notwendigkeit dargestellt, innovative Projekte und die Alleinstellungsmerkmale des Landkreises gleichsam ins Schaufenster zu stellen. Danach gab der Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung, Günther Zwerger, einen kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Onlinemagazins und lobte die gute Zusammenarbeit zwischen kommunaler Ebene und Unternehmen im Landkreis Donau-Ries.

Auch bei der Verbreitung und Werbung für das neue Onlinemagazin werden neue Wege beschritten. Wie Regionalmanager Klemens Heininger ausführte, sollen möglichst viele Partner in ihrer E-Mail-Signatur ein Banner einfügen, das mit einem Link zum Magazin führt. Mit jeder verschickten Mail wird auf das Onlinemagazin aufmerksam und damit auch der Landkreis regional und überregional bekannter gemacht. Natürlich kann auch jede Bürgerin und jeder Bürger den Landkreis unterstützen und dieses Banner in seine Mail-Signatur übernehmen. Das Banner stellt Regionalmanager Heininger gerne kostenlos zur Verfügung (Kontakt: regionalmanagement@lra-donau-ries.de). (LRA Donau-Ries)



Die Startseite des neuen Onlinemagazins, mit dem der Landkreis Donau-Ries für die Region wirbt.



Dieses Banner, angehängt an die E-Mail-Signatur, soll helfen, das Onlinemagazin Donau-Ries deutschlandweit bekannt zu machen.



Gaben den Startschuss für das Online-Magazin des Landkreises Donau-Ries: v. l. Regionalmanager Klemens Heininger, Günther Zwerger, Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung am Landratsamt Donau-Ries, Landrat Stefan Rößle sowie von der Agentur DesignKonzept in Mertingen Schwabens IHK-Vizepräsident Jürgen Schmidt und Michael Pauer. Quelle: privat

Landrat Matthias Dießl feiert romantische Hochzeit in Cadolzburg

Am 9. Juni 2012 war es soweit: Landrat Matthias Dießl und seine Verlobte, Nicol Rabenhold schlossen in Cadolzburg bei herrlichem Wetter den Bund fürs Leben. Am Morgen gaben sie sich ganz offiziell das Jawort vor dem ersten Bürgermeister Cadolzburgs Bernd Obst in seiner Eigenschaft als Standesbeamter. Die kirchliche Trauung fand am Nachmittag in der Markgrafenkirche in der Gemeinde statt. Dekan Friedrich Schuster aus Langenzenn leitete einen bewegenden Gottesdienst.

Im Anschluss bot das Spalier aus Vertretern der Kreisfeuerwehren ein eindrucksvolles Bild - der perfekte Rahmen für den Einzug des Brautpaares in die Cadolzburg. Nach einer lautstarken Begrüßung durch ein Dutzend Böllerschüsse feierte das frisch vermählte Paar vor der malerischen Kulisse zusammen mit gut 400 Gästen und ließ sich von zahlreichen Aufführungen, Glückwünschen und Geschenken überraschen. (LRA Fürth)



Vor dem Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich trafen sich die Landräte mit Vertretern der CSU-Landtagsfraktion. Gesprächspunkte über den Finanzausgleich hinaus waren die Belastung der Landkreise mit steigenden Sozialausgaben, das geplante Bundesteilhabegesetz, Inklusion und Behindertenkonvention im Schulbereich, leistungsfähige und zukunftsweisende Breitbandversorgung und eine klare und einfach zu vollziehende Kostenregelung beim Digitalfunk. Im Bild v. l. n. r.: Erwin Huber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Landrat Herbert Eckstein, 2. Vizepräsident, Alexander König, Stv. Fraktionsvorsitzender, Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags, Dr. Jakob Kreidl, Präsident, Georg Schmid, Fraktionsvorsitzender und Georg Winter, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.



Landrat **Christian Knauer** feierte am 2. Juli 2012 den 60. Geburtstag. Christian Knauer ist seit 2002 Landrat des Landkreises Aichach-Friedberg. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen. Er repräsentiert den Bayerischen Landkreistag als Stellvertreter im Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden. Christian Knauer ist Träger des Bayerischen Verdienstordens. Er war von 1987 bis 2002 Mitglied des Bayerischen Landtags.



Landrat **Hubert Hafner** feierte am 18. Juli 2012 den 60. Geburtstag. Hubert Hafner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Günzburg. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit als Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheits- und Sozialfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Sozialausschuss des DLT und ist jeweils Stellvertreter in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern und im Gesundheitsausschuss des Deutschen Landkreistags.



Landrat **Dr. Ulrich Reuter** feierte am 27. Juli 2012 den 50. Geburtstag. Dr. Ulrich Reuter ist seit 2002 Landrat des Landkreises Aschaffenburg. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Finanz- und Sparkassenfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Rat der Stiftung „Bildungspakt Bayern“ und im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.



Landrat und Präsident **Dr. Jakob Kreidl** feierte am 16. August 2012 den 60. Geburtstag. Dr. Jakob Kreidl ist seit 2008 Landrat des Landkreises Miesbach und seit 2010 Präsident des Bayerischen Landkreistags. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Präsidium des Deutschen Landkreistags, im Kuratorium der Bayerischen Volkstiftung, im Beirat der E.ON Bayern AG, im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks, im Vorstand und Kommunalen Beirat des Sparkassenverbands Bayern, im Wirtschaftsbeirat der Versicherungskammer Bayern, in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Er ist Stellvertreter im Verwaltungsrat der BayernLB und im Verwaltungsrat der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Dr. Jakob Kreidl ist Träger des Bayerischen Verdienstordens und der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber. Von 1994 bis 2008 war er Abgeordneter des Bayerischen Landtags.

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im Juli, August, September und Oktober 2012 runde Geburtstage:

Oberbayern

Juli

Kreisrat Dr. Stephan Merz aus Burgkirchen a. d. Alz im Landkreis Altötting vollendete am 3.7.2012 das 60. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat Wolfgang Reichenwallner aus Garching a. d. Alz, Landkreis Altötting, am 24.7.2012.

Am 7.7.2012 wurde Kreisrätin Elisabeth Reiter aus Bad Reichenhall im Landkreis Berchtesgadener Land 65 Jahre alt.

Im Landkreis Berchtesgadener Land feierte Kreisrat Helmut Fürle aus Freilassing am 18.7.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Günter Meikis aus Karlsfeld im Landkreis Dachau vollendete am 11.7.2012 das 70. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Reinhard Oellerer aus Anzing, Landkreis Ebersberg, am 7.7.2012.

Kreisrat Siegfried Rübensaal aus Lengdorf im Landkreis Erding wurde am 25.7.2012 70 Jahre alt.

Am 12.7.2012 vollendete Kreisrat Dr. Klaus Fresenius aus Rottach-Egern, Landkreis Miesbach, das 65. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Franz Artinger aus Niederbergkirchen im Landkreis Mühldorf a. Inn am 14.7.2012.

Ebenfalls im Landkreis Mühldorf a. Inn wurde Kreisrat Georg Gründl aus Zangberg am 17.7.2012 75 Jahre alt.

Kreisrätin Erika Görlitz, MdL, aus Manching im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm vollendete am 23.7.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 12.7.2012 wurde Kreisrat und Erster Bürgermeister Bernd Gietl aus Bergen, Landkreis Traunstein, 65 Jahre alt.

August

Kreisrat Josef Rapp aus Burgkirchen a. d. Alz, Landkreis Altötting, wurde am 22.8.2012 70 Jahre alt.

Im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen wurde Kreisrat und Bürgermeister Josef Janker aus Bad Tölz am 10.8.2012 60 Jahre alt.

Am 1.8.2012 feierte Kreisrätin Elisabeth Hagenauer aus Freilassing im Landkreis Berchtesgadener Land den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Franz Eder aus Laufen, Landkreis Berchtesgadener Land, am 19.8.2012.

Kreisrat Thomas Kroll aus Kirchseeon im Landkreis Ebersberg wurde am 29.8.2012 50 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat und Erster Bürgermeister Rudolf Borgo aus Wörth im Landkreis Erding am 12.8.2012.

Im Landkreis Fürstenfeldbruck vollendete Kreisrätin Christina Claus aus Olching am 23.8.2012 das 65. Lebensjahr.

Am 18.8.2012 wurde Kreisrat Norbert Kreuzer, Landkreis Landsberg a. Lech, 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Landsberg a. Lech feierte Kreisrat Leonhard Welzmler am 25.8.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Franz Schnitzenbaumer aus Schliersee im Landkreis Miesbach wurde am 12.8.2012 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Josef Lang aus Rottach-Egern, Landkreis Miesbach, am 27.8.2012.

Am 23.8.2012 wurde Kreisrat Hubert Roßkothen aus Niedertaufkirchen im Landkreis Mühldorf a. Inn 50 Jahre alt.

Kreisrat Professor Gottfried Schubert aus Söchtenau, Landkreis Rosenheim, feierte am 17.8.2012 den 81. Geburtstag.

Im Landkreis Traunstein wurde Kreisrat Michael Mayer aus Ruhpolding am 1.8.2012 50 Jahre alt.

Kreisrat Dirk Reichenau aus Tittmoning im Landkreis Traunstein vollendete am 11.8.2012 das 50. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrätin Agnes Edenhofer aus Oberhausen im Landkreis Weilheim-Schongau am 4.8.2012.

Am 13.8.2012 wurde Kreisrat Hans Schröfele aus Peiting, Landkreis Weilheim-Schongau, 70 Jahre alt.

September

Kreisrätin Monika Pfriendler aus Neuötting im Landkreis Altötting wird am 3.9.2012 50 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Peter Samstag aus Garmisch-Partenkirchen im gleichnamigen Landkreis am 23.9.2012.

Am 30.9.2012 vollendet Kreisrat Peter Fastl im Landkreis Landsberg a. Lech das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Miesbach feiert Kreisrat Josef Bichler aus Schaftlach/Waakirchen am 26.9.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Oskar Rau aus Mühldorf a. Inn im gleichnamigen Landkreis wird am 21.9.2012 70 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Franz Schwarz aus Unterföhring, Landkreis München, am 24.9.2012.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Franz-Xaver Heinritz aus Bruckmühl im Landkreis Rosenheim am 2.9.2012.

Oktober

Kreisrat Georg Heindl aus Unterneukirchen, Landkreis Altötting, wird am 12.10.2012 65 Jahre alt.



Am 30.10.2012 vollendet Kreisrat Konrad Wagner aus Altomünster im Landkreis Dachau das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Freising wird Kreisrat und Bürgermeister Paul Bauer aus Gammelsdorf am 16.10.2012 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Manfred Reuß aus Wolfersdorf im Landkreis Freising am 18.10.2012.

Kreisrat Norbert Strahlechner aus Gars a. Inn, Landkreis Mühldorf a. Inn, vollendet am 30.10.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 2.10.2012 wird Kreisrat Dr. Erwin Knappek aus Oberhaching im Landkreis München 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis München feiert Kreisrätin Johanna Hagn aus Ismaning am 31.10.2012 den 65. Geburtstag.

Niederbayern

Juli

Kreisrat und Bürgermeister Hans Jäger aus Moos im Landkreis Deggendorf vollendete am 20.7.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 11.7.2012 feierte Kreisrätin und Stellvertretende Landrätin Renate Cerny aus Waldkirchen, Landkreis Freyung-Grafenau, den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Hugo Singer aus Zwiesel im Landkreis Regen am 15.7.2012.

Ebenfalls im Landkreis Regen wurde Kreisrat Edgar Stecher aus Bischofsmas am 30.7.2012 70 Jahre alt.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Bernhard Krempel aus Geiselhöring, Landkreis Straubing-Bogen, feierte am 11.7.2012 den 60. Geburtstag.

August

Im Landkreis Deggendorf feierte Kreisrätin Maria Biermeier aus Hengersberg am 11.8.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Martin Geltinger aus Marklkofen im Landkreis Dingolfing-Landau wurde am 10.8.2012 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Dingolfing-Landau vollendete Kreisrätin Brigitte Ettengruber aus Landau am 6.8.2012 das 70. Lebensjahr.

Den 75. Geburtstag feierte Kreisrat Alfons Hellauer aus Neureichenau, Landkreis Freyung-Grafenau, am 12.8.2012.

Am 14.8.2012 wurde Kreisrat Günther Kohl aus Untergriesbach im Landkreis Passau 70 Jahre alt.

Im Landkreis Regen feierte Kreisrat Manfred Lambürger aus Zwiesel am 25.8.2012 den 70. Geburtstag.

Kreisrat Franz Xaver Stierstorfer aus Geiselhöring, Landkreis Straubing-Bogen, vollendete am 16.8.2012 das 70. Lebensjahr.

September

Kreisrat und Bürgermeister Josef Höppler aus Waldkirchen im Landkreis Freyung-Grafenau wird am 7.9.2012 60 Jahre alt.

Am 8.9.2012 vollendet Kreisrat Hermann Brandl aus Arnbruck, Landkreis Regen, das 60. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Albert Schallmoser aus Tann im Landkreis Rottal-Inn am 29.9.2012.

Oktober

Kreisrat Xaver Hagn aus Landau, Landkreis Dingolfing-Landau, wird am 27.10.2012 60 Jahre alt.

Am 1.10.2012 vollendet Kreisrat Ferdinand Hackelsperger aus Bad Abbach im Landkreis Kelheim das 60. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Kelheim wird Kreisrat und 3. Stellvertretender Landrat Edgar Fellner aus Mainburg am 7.10.2012 70 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Peter-Michael Schmalz aus Langquaid im Landkreis Kelheim am 16.10.2012.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Johann Englbrecht aus Rottenburg, Landkreis Landshut, am 16.10.2012.

Im Landkreis Passau wird Kreisrat Manfred Riedl aus Obernzell am 22.10.2012 70 Jahre alt.

Kreisrat Heinrich Schmidt aus Viechtach im Landkreis Regen feiert am 16.10.2012 den 65. Geburtstag.

Am 28.10.2012 wird Kreisrat Franz Xaver Eckl aus Bogen, Landkreis Straubing-Bogen, 60 Jahre alt.

Ebenfalls aus Bogen im Landkreis Straubing-Bogen vollendet Kreisrat Max Greindl am 5.10.2012 das 65. Lebensjahr.

Oberpfalz

Juli

Am 22.7.2012 wurde Kreisrat Volker Heiduk aus Furth im Wald, Landkreis Cham, 70 Jahre alt.

Kreisrat Klaus Hofbauer, MdB a. D., aus Cham im gleichnamigen Landkreis vollendete am 26.7.2012 das 65. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat und Erster Bürgermeister des Marktes Mähring Josef Schmidkonz aus Griesbach im Landkreis Tirschenreuth am 22.7.2012.

August

Kreisrat Werner Renner aus Edelsfeld im Landkreis Amberg-Weizsach vollendete am 3.8.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 1.8.2012 wurde Kreisrat Bernhard Krieger aus Auerbach i. d. OPf. im Landkreis Amberg-Weizsach 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Amberg-Weizsach feierte Kreisrätin Ute Bender aus Sulzbach-Rosenberg am 11.8.2012 den 65. Geburtstag.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Sepp Altmann aus Cham im gleichnamigen Landkreis am 23.8.2012.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Gregor Zölch aus Stein (Markt Plößberg) im Landkreis Tirschenreuth am 5.8.2012.

September

Kreisrat Hans Pickel aus Illschwang, Landkreis Amberg-Weizsach, wird am 30.9.2012 60 Jahre alt.

Im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab feiert Kreisrat Josef Hierold aus Moosbach am 20.9.2012 den 65. Geburtstag.

Am 24.9.2012 vollendet Kreisrätin Sieglinde Schärfl aus Leuchtenberg im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab das 60. Lebensjahr.

Den 75. Geburtstag feiert Kreisrat Oswald Kailer aus Beratzhausen, Landkreis Regensburg, am 20.9.2012.

Ebenfalls im Landkreis Regensburg wird Kreisrat und Bürgermeister Heinz Kiechle aus Neutraubling am 25.9.2012 60 Jahre alt.

Kreisrat Josef Fischer aus Nabburg im Landkreis Schwandorf vollendet am 12.9.2012 das 70. Lebensjahr.

Im Landkreis Tirschenreuth feiert Kreisrat und Stellvertretender Bürgermeister Fritz Holm aus Wiesau am 8.9.2012 den 65. Geburtstag.

Am 4.9.2012 wird Kreisrätin Hannelore Bienlein-Holl aus Fuchsmühl im Landkreis Tirschenreuth 70 Jahre alt.

Oktober

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Peter Betz aus Seubersdorf im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. am 10.10.2012.

Oberfranken

Juli

Im Landkreis Bayreuth wurde Kreisrätin Luise Goldfuß aus Plankenfels am 17.7.2012 60 Jahre alt.

Kreisrätin Dr. Gabriele Brütting aus Gößweinstein im Landkreis Forchheim feierte am 5.7.2012 den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrat Reinhold Rott aus Weißenstadt im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge am 18.7.2012.

August

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat Heinrich Faatz aus Walsdorf-Erlau im Landkreis Bamberg am 12.8.2012.

Im Landkreis Forchheim vollendete Kreisrat Edmund Mauser aus Hausen am 19.8.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 27.8.2012 wurde Kreisrat Hans Backer aus Gößweinstein, Landkreis Forchheim, 70 Jahre alt.

Kreisrat Ulrich Scharfenberg aus Rehau im Landkreis Hof feierte am 1.8.2012 den 50. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Wilfried Kukla aus Wunsiedel im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge am 12.8.2012.

September

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Richard Kaiser aus Litzendorf-Pödelndorf im Landkreis Bamberg am 24.9.2012.

Kreisrat Bernd Albert aus Bad Berneck im Landkreis Bayreuth wird am 18.9.2012 65 Jahre alt.

Am 26.9.2012 vollendet Kreisrat Kurt Bernreuther aus Rödental, Landkreis Coburg, das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Coburg wird Kreisrat Michael Werner aus Weidhausen am 14.9.2012 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Coburg feiert Kreisrätin Annette Gräfin zu Orthenburg aus Weitraumsdorf am 16.9.2012 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Albrecht Schläger aus Hohenberg a. d. Eger im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge vollendet am 4.9.2012 das 70. Lebensjahr.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Heinz Dreher aus Marktredwitz, Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge, am 19.9.2012.

Oktober

Am 17.10.2012 wird Kreisrat Günther Kob aus Untersiemau im Landkreis Coburg 65 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Gerhard Preß aus Rödental im Landkreis Coburg am 18.10.2012.

Ebenfalls im Landkreis Coburg feiert Kreisrat Günter Kleindienst aus Sonnefeld am 21.10.2012 den 65. Geburtstag.

Kreisrätin Monika Jakob aus Regnitzlosau, Landkreis Hof, wird am 8.10.2012 70 Jahre alt.

Am 15.10.2012 vollendet Kreisrat Ernst Schrödel aus Oberkotzau im Landkreis Hof das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Kronach feiert Kreisrätin Helga Mück aus Küps am 30.10.2012 den 70. Geburtstag.

Kreisrätin Gisela Kern aus Thurnau, Landkreis Kulmbach, wird am 7.10.2012 65 Jahre alt.

Mittelfranken

Juli

Kreisrätin Irmgard Conrad aus Höchstadt a. d. Aisch im Landkreis Erlangen-Höchstadt wurde am 17.7.2012 65 Jahre alt.

Im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim vollendete Kreisrat Friedrich Trabert aus Neustadt a. d. Aisch am 29.7.2012 das 60. Lebensjahr.



Am 11.7.2012 feierte Kreisrat Klaus Wernard aus Georgensgmünd, Landkreis Roth, den 65. Geburtstag.

August

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Lothar Schmitt aus Oberasbach im Landkreis Fürth am 28.8.2012.

September

Am 26.9.2012 feiert Kreisrat Günther Babel aus Wassertrüdingen im Landkreis Ansbach den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim wird Kreisrat und Bürgermeister Harald Kempe aus Emskirchen am 13.9.2012 60 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Ulrike Alt aus Pleinfeld im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen am 20.9.2012.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Dr. Axel Peiffer aus Muhr a. See, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, am 22.9.2012.

Ebenfalls aus Muhr a. See im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen vollendet Kreisrat Roland Fitzner am 10.9.2012 das 70. Lebensjahr.

Oktober

Kreisrätin Helga Peter aus Heideck, Landkreis Roth, wird am 20.10.2012 50 Jahre alt.

Unterfranken

Juli

Kreisrat und Bürgermeister Wolfgang Borst aus Hofheim im Landkreis Haßberge wurde am 16.7.2012 60 Jahre alt.

Im Landkreis Kitzingen vollendete Kreisrat Paul Zang aus Sommerach am 19.7.2012 das 65. Lebensjahr.

Am 23.7.2012 wurde Kreisrat Reinhold Reichl aus Volkach im Landkreis Kitzingen 70 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Dr. Hans Jürgen Fahn aus Erlenbach a. Main im Landkreis Miltenberg am 9.7.2012.

Kreisrat Bruno Fischer aus Obernburg a. Main im Landkreis Miltenberg wurde am 17.7.2012 75 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Miltenberg feierte Kreisrat Dr. Ulrich Schüren aus Elsenfeld am 5.7.2012 den 65. Geburtstag.

Am 27.7.2012 vollendete Kreisrätin Sabine Stührmann aus Bad Neustadt a. d. Saale, Landkreis Rhön-Grabfeld, das 50. Lebensjahr.

Kreisrätin Birgit Röder aus Gerolzhofen im Landkreis Schweinfurt wurde am 12.7.2012 50 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat Robert Geulich aus Rottendorf im Landkreis Würzburg am 15.7.2012.

August

Am 28.8.2012 wurde Kreisrätin Ragnhild Buczko aus Marktheidenfeld im Landkreis Main-Spessart 50 Jahre alt.

Kreisrat Matthias Zorn aus Hettstadt, Landkreis Würzburg, feierte am 15.8.2012 den 50. Geburtstag.

September

Im Landkreis Bad Kissingen vollendet Kreisrätin Gisela Bieber aus Maßbach am 5.9.2012 das 70. Lebensjahr.

Am 10.9.2012 wird Kreisrat Ludwig Leisentritt aus Zeil a. Main im Landkreis Haßberge 75 Jahre alt.

Kreisrat und Stellvertreter des Landrats Siegmund Kerker aus Theres im Landkreis Haßberge feiert am 13.9.2012 den 65. Geburtstag.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Peter Klein aus Eltmann im Landkreis Haßberge am 13.9.2012.

Ebenfalls im Landkreis Haßberge vollendet Kreisrat und Bürgermeister Willi Sendelbeck aus Rentweinsdorf am 16.9.2012 das 65. Lebensjahr.

Kreisrat Dr. Hans-Martin Hoffmann aus Marktbreit im Landkreis Kitzingen wird am 4.9.2012 50 Jahre alt.

Am 25.9.2012 feiert Kreisrat Karl-Heinz Schmidt aus Kitzingen im gleichnamigen Landkreis den 60. Geburtstag.

Ebenfalls aus Kitzingen im gleichnamigen Landkreis wird Kreisrätin Gertrud Schwab am 2.9.2012 60 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Gerhard Müller aus Wiesenbronn, Landkreis Kitzingen, am 15.9.2012.

Kreisrat Markus Werner aus Heustreu im Landkreis Rhön-Grabfeld wird am 25.9.2012 50 Jahre alt.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Heinz Pohli aus Gerolzhofen, Landkreis Schweinfurt, am 30.9.2012.

Oktober

Am 24.10.2012 wird Kreisrat Edgar Kast aus Bad Kissingen im gleichnamigen Landkreis 65 Jahre alt.

Kreisrat Erich Kuhn aus Schneeberg, Landkreis Miltenberg, vollendet am 5.10.2012 das 60. Lebensjahr.

Schwaben

Juli

Im Landkreis Dillingen a. d. Donau feierte Kreisrätin Eva-Maria Fink aus Wittislingen am 11.7.2012 den 50. Geburtstag.

Am 23.7.2012 wurde Kreisrat Walter Fuchsluger aus Dillingen a. d. Donau im gleichnamigen Landkreis 75 Jahre alt.

Kreisrätin Uta Reinholz aus Lindau (Bodensee) im gleichnamigen Landkreis feierte am 3.7.2012 den 60. Geburtstag.



Den 70. Geburtstag feierte Kreisrat Hans Kerber aus Oberstaufen im Landkreis Oberallgäu am 14.7.2012.

August

Im Landkreis Günzburg wurde Kreisrat und Weiterer Stellvertreter des Landrats Alfons Schier aus Krumbach am 21.8.2012 75 Jahre alt.

Am 18.8.2012 feierte Kreisrat Dr. Wolfgang Dietlein aus Lindenberg im Landkreis Lindau (Bodensee) den 75. Geburtstag.

September

Kreisrat Richard Scharold aus Friedberg, Landkreis Aichach-Friedberg, vollendet am 8.9.2012 das 60. Lebensjahr.

Im Landkreis Augsburg wird Kreisrätin Mathilde Wehrle aus Horgau am 8.9.2012 65 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrätin Rosmarie Schweyer aus Tapfheim, Landkreis Donau-Ries, am 1.9.2012.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Guckert aus Nördlingen-Baldingen, Landkreis Donau-Ries, am 28.9.2012.

Kreisrat Bruno Bernhard aus Weiler-Simmerberg im Landkreis Lindau (Bodensee) wird am 16.9.2012 60 Jahre alt.

Im Landkreis Neu-Ulm feiert Kreisrat Sebastian Knauer aus Weißenhorn am 25.9.2012 den 70. Geburtstag.

Am 14.9.2012 wird Kreisrat Josef Köberle aus Nesselwang, Landkreis Ostallgäu, 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Ostallgäu vollendet Kreisrat Manfred Rinderle aus Seeg am 7.9.2012 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Beppo Haller aus Ottobeuren im Landkreis Unterallgäu feiert am 3.9.2012 den 60. Geburtstag.

Oktober

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Günter Ballis aus Höchstädt a. d. Donau, Landkreis Dillingen a. d. Donau, am 4.10.2012.

Im Landkreis Günzburg wird Kreisrätin Dr. Ulrike Seifert-Kraus aus Krumbach am 24.10.2012 60 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Dr. Wolfgang Stolle aus Kötz, Landkreis Günzburg, vollendet am 25.10.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 15.10.2012 feiert Kreisrätin Birgit Heckmair aus Neu-Ulm im gleichnamigen Landkreis den 65. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin und Bürgermeisterin Brigitte Schröder aus Günzach im Landkreis Ostallgäu am 13.10.2012.

Kreisrat Silverius Bihler aus Türkheim, Landkreis Unterallgäu, wird am 25.10.2012 60 Jahre alt.

Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der bayerischen Bezirke. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Diensttherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de